

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

65. Sitzung
26. Januar 2026

Beginn: 09.08 Uhr
Schluss: 12.40 Uhr
Vorsitz: Florian Dörstelmann (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Ich rufe auf

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0257](#)
Erneuter Anschlag auf Berlins Stromversorgung – InnSichO
Lehren und Konsequenzen
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0258](#)
Zwei Blackouts in 4 Monaten – wann ist Berlin fit für die Katastrophenbewältigung?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) InnSichO
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0259](#)
Stromausfall in Steglitz-Zehlendorf: Wie anfällig ist unsere kritische Infrastruktur und wie müssen die Hilfsstrukturen verbessert werden?
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) InnSichO
- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0260](#)
Wiederholter linksterroristischer Anschlag auf die Stromversorgung Berlins – Konsequenzen für die Sicherheit der Hauptstadt
(auf Antrag der AfD-Fraktion) InnSichO

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüße ich auch den Leiter des Referats Energie in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, Herrn Dr. Groba. Vielen Dank, dass Sie heute zu uns gekommen sind – herzlich willkommen! – und dem Ausschuss für Fragen zur Verfügung stehen!

Es handelt sich bei diesem Tagesordnungspunkt 2 a bis d wie eben dargestellt um die Fortsetzung der Besprechung aus der 64. Sitzung am 12. Januar 2026; seinerzeit hatten wir das ver­tagt. Daher schlage ich vor, dass wir, sofern Ergänzungsbedarf bei der Begründung der Besprechungspunkte durch die antragstellenden Fraktionen besteht, nach den ergänzenden Begründungen der Besprechungsbedarfe die Debatte zunächst mit den Kollegen fortsetzen, die bereits in der letzten Sitzung auf der Rednerliste standen, aber wegen des Zeitablaufs nicht mehr zu Wort kamen. Ich würde dann im Anschluss die hier Erschienenen bitten, vielleicht weitere Ausführungen zu machen, damit wir eine neue Rederunde einleiten können, wenn das gewünscht ist und der Bedarf besteht. Auf der Redeliste standen die Kollegen Lenz, Weiß, Dregger, Frau Kollegin Kapek und Herr Kollege Bertram. In dieser Reihenfolge würde ich sie mit Ihrem Einverständnis zur Erörterung jetzt aufrufen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Soll ergänzend begründet werden? – Das wäre an dieser Stelle noch die Frage, die wir klären müssten. – Ich sehe Kopfschütteln, die Koalition möchte nicht weiter begründen, Bündnis 90/Die Grünen nicht, auch die übrigen Fraktionen nicht. Dann können wir direkt in die Debatte eintreten. Wir kommen zur Debatte, und die beginnt eigentlich der Abgeordnete Lenz; den sehe ich aber im Moment hier nicht. Dann ist es Herr Abgeordneter Weiß. – Bitte, Sie haben das Wort!

Thorsten Weiß (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich werde mich aufgrund der uns noch verbliebenen knappen Beratungszeit im Wesentlichen mit den für uns im Schwerpunkt wichtigen Punkten Gefahrenanalyse, unzureichende Aufklärung im Zusammenhang mit Linksextremismus und vor allen Dingen politische Verharmlosung von Linksextremismus in dieser Stadt beschäftigen und auf das Thema Ausrufung der Großschadenslage, das wir sehr ausführlich bereits in der letzten Sitzung beraten haben, weitestgehend verzichten.

Es ist nun so, dass das nicht der erste linksterroristische Anschlag in dieser Stadt ist, von kleineren Anschlägen, die immer wieder vorkommen, aber bisher keine Auswirkungen auf eine größere Anzahl von Personen in dieser Stadt, die dann ohne eine entsprechende Versorgungssicherheit dastanden, gehabt haben. Der Senat muss sich nun eigentlich, vor allen Dingen nach dem Anschlag in Treptow-Köpenick, daran messen lassen, ob er die Gefährdungsbewertung, den Objektschutz und die technische Resilienz konsequent nachgeschärft hat und was er nach dem letzten Anschlag konkret gemacht hat, gerade im Hinblick auf Schutz der kritischen Infrastruktur und vor allen Dingen auch in der Prävention und Gefährderanalyse von linksextremistischen Straftätern.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch mal an die Innenausschusssitzung vom 22. September des letzten Jahres erinnern, da hatten wir den Besprechungspunkt „Lehren aus dem Blackout im Südosten Berlins“ auf der Tagesordnung. Ich darf vielleicht den Ausschuss noch mal an einige Zitate des Herrn Staatssekretärs Hochgrebe erinnern und möchte den Senat fragen, wie er heute dazu steht. – Erstes Zitat: Der Staatssekretär sagte in diesem Zusammenhang, es handle sich um ein Problem der Energieversorgung, nicht um ein innenpolitisches Problem, denn vonseiten der Innenpolitik sei diese ... Herausforderung hervorragend gelöst worden. – Zitat Ende. Würde Frau Innensenatorin nach der sich jetzt darstellenden Situation, vor allen Dingen im Zusammenhang mit dem um sich greifenden Linksterrorismus, diese Aussage heute immer noch so treffen, beziehungsweise haben Sie sie nicht getroffen, aber würden Sie sich der Aussage des Herrn Staatssekretärs anschließen, oder kommt der Senat mittlerweile zu einer anderen Bewertung?

Dann hat Herr Staatssekretär gesagt, der Anschlag habe die Vulnerabilität der Stromversorgung und des Versorgungsnetzes der KRITIS schmerzlich vor Augen geführt, womit sich das Land nun befassen müsste. – Zitat Ende. Das ist so richtig. In diesem Zusammenhang die Frage: Womit hat sich denn der Senat nach dem letzten Anschlag, der noch nicht so lange her ist, konkret beschäftigt? Welche Maßnahmen wurden ergriffen?

Dann hat Herr Staatssekretär gesagt, mit Wirkung vom 12. September sei diesbezüglich eine eigene Ermittlungsgruppe eingerichtet worden. – Zitat Ende. In dem Zusammenhang hat Frau Senatorin auch gesagt, es wurde wohl eine Ermittlungsgruppe „Spannung“, so haben Sie sie genannt, eingerichtet. Mich würde mal interessieren – dass die jetzige Ermittlungsgruppe vielleicht noch nicht zu Ergebnissen gekommen ist, lasse ich mal dahingestellt –, zu welchen Ergebnissen die letzte Ermittlungsgruppe eigentlich gekommen ist. Wie groß ist die Ermittlungsgruppe? Was hat sie genau gemacht?

Dann hat Herr Staatssekretär gesagt, selbstverständlich werde der Einsatz nachbereitet und eine umfassende Auswertung erstellt, aus der einzuleitende Maßnahmen abgeleitet werden. – Zitat Ende. Auch in diesem Zusammenhang wüsste ich ganz gerne einmal, was genau passiert ist, denn der Anschlag hat ganz eindeutig gezeigt, dass offensichtlich zu wenig getan wurde.

Womit ich zum Thema Verharmlosung von Extremismus beziehungsweise Linksextremismus in dieser Stadt überleiten möchte. Ich hatte eingangs schon gesagt, dass das nun nicht der erste Anschlag war. Wir haben in Berlin immer wieder teils schwerwiegende Angriffe nicht nur auf die Stromversorgung, sondern auch auf kritische Infrastruktur, was unserer Ansicht nach das Ergebnis eines über Jahre hinweg vernachlässigten sicherheitspolitischen Problemfeldes darstellt, nämlich der systematischen Unterschätzung und politischen Verharmlosung links-

extremistischer Gewalt in dieser Stadt. Das Ergebnis sehen wir jetzt: Eine Öko-RAF, möchte ich es mal nennen, hat sich herausgebildet, die es sich auf die Fahnen geschrieben hat in ihrem ideologischen Kampf, wie wir es das letzte Mal gesehen haben, 100 000 Menschen im tiefsten Winter ohne Strom und Heizung dastehen zu lassen. Diese Gruppe gibt es nun schon seit über einem Jahrzehnt; seit über einem Jahrzehnt begeht sie in diesem Land Anschläge, nicht nur in Berlin, auf Energie-, Verkehrs-, Kommunikations- und Unternehmensstrukturen. Diese Stadt bietet – das hatten wir erst im Zusammenhang mit der Thematisierung von Vorfällen an den Hochschulen in dieser Stadt – einen linksideologischen Unterbau, der als Nährboden dient, um solche Straftäter quasi heranzuzüchten.

Trotz der hohen Schadenswirkung, die nun erneut entstanden ist, der professionellen Tatbegehung – das muss man attestieren – und der erkennbaren Wiederholungslogik bleibt eine belastbare ressortübergreifende Gefahrenanalyse bisher aus. Wir können auch nicht erkennen, dass es vonseiten des Senats eine strategische Neubewertung dieser Bedrohungsanalyse, zumindest nicht auf politischer Ebene, gibt, was mich dazu führt, dass es offensichtlich strukturelle Defizite in drei Bereichen gibt. Das ist erstens die fehlende Priorisierung in der Sicherheitsarchitektur. In dieser Stadt hat der Linksextremismus, anders als der Kampf gegen andere Extremismusformen, über Jahre hinweg keine gleichrangige strategische Bedrohung dargestellt, und er wurde auch nicht als solche behandelt, ganz im Gegenteil, das haben wir zuletzt gesehen. Auch wenn Frau Senatorin zum wiederholten Male sagt, dass das Referat Linksextremismus im Verfassungsschutz nicht aufgelöst wurde – es wurde nur anders organisiert, anders zusammengelegt –, heißt das trotzdem, dass die Priorisierung eine andere ist und das singuläre Ereignis Linksextremismus im Zusammenhang mit terroristischen Anschlägen in dieser Stadt offensichtlich für nicht wichtig genug empfunden wurde.

Was ich in diesem Zusammenhang auch nicht verstehen kann, ist Folgendes: Wir müssen uns fast in jeder Innenausschusssitzung den Dreiklang des Herrn Staatssekretärs anhören, wie nach Maßgabe des Senats vorgegangen wird, worunter auch immer das Thema Prävention fällt. Es ist – so bedauerlich es ist, aber ich muss das so deutlich sagen – gerade unter einem CDU-geführten Senat sehr bedauerlich, dass der Kampf gegen den Linksextremismus mit keinerlei Präventionsprogrammen mehr versehen ist. Danach habe ich Frau Senatorin erst in der letzten Parlamentssitzung gefragt, auf die Frage habe ich übrigens keine konkrete Antwort bekommen. Keinen einzigen Euro geben Sie mehr für Präventionsmaßnahmen im Kampf gegen Linksextremismus aus. Es werden Millionen Euro im Kampf gegen Rechtsextremismus ausgegeben, gegen Islamismus, alles richtig, aber kein einziger Euro mehr im Kampf gegen Linksextremismus. Warum tun Sie das nicht? – Auch darauf möchte ich von Ihnen ganz gerne eine konkrete Antwort haben. Vielleicht erklären Sie auch noch mal, ob Sie im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Linksextremismus die Organisationsstrukturen im Berliner Verfassungsschutz jetzt vielleicht doch noch mal auf neue Beine stellen wollen.

Im Zusammenhang mit den Ermittlungserfolgen kann man natürlich – und das möchte ich auch nicht tun – den Sicherheitsbehörden keinen Vorwurf machen. Ich erinnere mich noch an die Aussage der Polizeipräsidentin; ich habe das zumindest so wahrgenommen, dass es auch in unsere Richtung ging, weil ich gesagt habe, dass Berlin auf dem linken Auge blind ist. Das war kein Vorwurf gegen die Sicherheitsbehörden und auch nicht gegen die Ermittlungsbeamten, denen ich nicht vorwerfen möchte, dass sie auf dem linken Auge blind sind, sondern das war natürlich ein Vorwurf an die verantwortungstragende Politik in dieser Stadt, die aber auch in dem Zusammenhang entsprechende Rahmenbedingungen setzt und entsprechende Struktu-

ren schafft. Es ist natürlich auch so, wenn es zu wiederholten Anschlägen kommt Ermittlungsergebnisse ausbleiben, dass das natürlich nicht unbedingt eine abschreckende Wirkung auf Wiederholungstäter hat. Das heißt also, meines Erachtens stehen nicht nur die Ermittlungsbehörden unter einem entsprechenden Erfolgsdruck, sondern natürlich auch die Politik, die Druck machen muss, damit es hier auf absehbare Zeit zu einem entsprechenden Ermittlungsergebnis kommt. – [Orkan Özdemir (SPD): Die Ermittlungsbehörden sind nicht schuld, aber wir sollen Druck auf die Ermittlungsbehörden machen?] – Wissen Sie, Herr Kollege Özdemir, dass ausgerechnet Sie – [Orkan Özdemir (SPD): Das macht gar keinen Sinn!] –, ausgerechnet Sie – [Zurufe von Orkan Özdemir (SPD) und weiteren Abgeordneten] –, dass ausgerechnet Sie – –

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Ich bitte hier um Sitzungsdisziplin, Herr Abgeordneter! Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Weiß. – Bitte!

Thorsten Weiß (AfD): Dass ausgerechnet Sie, der sich vor einiger Zeit noch als Komplize von Linksterroristen bezeichnet hat, sich hier zu Wort melden, spricht auch schon wieder Bände. – [Zurufe Orkan Özdemir (SPD) und Niklas Schrader (LINKE)] –

Ich möchte abschließend – – – [Orkan Özdemir (SPD): Das ist Verleumdung!] – Sie können uns gerne noch mal erläutern, in welchem Zusammenhang Sie diese Aussage getroffen haben, aber vielleicht sollten Sie sich merken, dass man als Politiker sehr vorsichtig sein sollte, was man so sagt, denn vielleicht wird man bis zu seinem Lebensende mit den entsprechenden Aussagen konfrontiert. – [Zurufe] –

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Herr Abgeordneter! – [Orkan Özdemir (SPD): Das kann ich doch nicht stehen lassen!] –

Thorsten Weiß (AfD): Vielen Dank, Herr Kollege Dörstelmann! – [Orkan Özdemir (SPD): Hier werden Behauptungen in den Raum gestellt!] –

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Herr Abgeordneter! Ich bitte jetzt mal alle um etwas Disziplin an der Stelle. Ich möchte auch nicht, dass irgendwelche Falschzitate in den Raum gestellt werden. – [Orkan Özdemir (SPD): 100 Prozent!] – Sie können gern gleich dazu noch Stellung nehmen, Herr Abgeordneter. – Ich bitte jetzt um die notwendige Sachlichkeit, es ist ein ernstes Thema und komplex genug. Jetzt hat Herr Abgeordneter Weiß das Wort. – Bitte! – [Niklas Schrader (LINKE): Verleumdungen kann man rügen!] –

Thorsten Weiß (AfD): Vielen Dank, Herr Dörstelmann! – Das war kein Falschzitat. – [Orkan Özdemir (SPD): Zu 100 Prozent!] – Die Quelle kann ich Ihnen jederzeit gerne belegen und dem Ausschuss auch vorlegen. – [Orkan Özdemir (SPD): Sofort! Belegen Sie das!] – Es gibt eine Videoaufzeichnung von Ihnen, Herr Özdemir, da ist Ihr ganzer Satz –

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Einen Moment bitte, jetzt!

Thorsten Weiß (AfD): – entsprechend aufgeführt, und ich möchte jetzt gerne ausführen.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Einen Moment! Sonst unterbrechen wir die Sitzung an der Stelle, um das in der Zwischenzeit aufzuklären, dann werden wir das sehen. Ich bitte jetzt,

keine Unterstellungen vorzunehmen und keine unbelegten Behauptungen aufzustellen. Ich bitte aber auch darum, die Sitzungsdisziplin hier zu wahren und nicht alle anderen zu unterbrechen. Können wir uns darauf einigen? – Dann bitte ich, in sachlicher Form fortzufahren.

Thorsten Weiß (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Dann setze ich jetzt thematisch fort. Ich komme auch gleich zum Schluss. Ich habe noch folgende Fragen in diesem Zusammenhang: Kann der Senat noch einmal ausführen, was in den letzten Jahren personalressourcentechnisch in dem Bereich der Linksextremismusbekämpfung bei der Berliner Polizei passiert ist? Gibt es in dem Zusammenhang – ich sprach von Ermittlungsergebnissen – Ermittlungshindernisse, die vonseiten des Senats ausgeräumt werden müssen? In diesem Kontext hat der Bundesinnenminister angekündigt, einen härteren Kurs gegen Linksextremismus führen zu wollen. Er will mehr Personal und erweiterte Befugnisse. In dem Zusammenhang meine Frage an Sie, Frau Innensenatorin: Welche erweiterten Befugnisse meint der Herr Innenminister? Haben Sie Kenntnis darüber? Welche erweiterten Befugnisse können dann auch in Berlin vielleicht zu entsprechenden Ergebnissen führen? – Als letzte Frage: Es wurde vonseiten des BKA, meine ich, eine Belohnung zur Ergreifung der Täter ausgelobt beziehungsweise zumindest angekündigt. Wissen Sie Näheres zu dem, was da kommt? Vor allen Dingen: Wird Berlin sich einer entsprechenden Auslobung anschließen? – Danke!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Danke, Herr Abgeordneter Weiß! – Herr Abgeordneter Schrader hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Danach würde ich mit allseitigem Einverständnis gerne Herrn Abgeordneten Özdemir die Möglichkeit geben, sich zu dem zu äußern, was eben in sein Zitat gestellt wurde, wenn das gewünscht ist. Danach wird voraussichtlich Frau Innensenatorin Spranger kurz auf diese doch recht umfassenden Anmerkungen und Fragen reagieren. Zunächst hat aber Herr Abgeordneter Schrader das Wort für eine Geschäftsordnungsbemerkung oder einen Geschäftsordnungsantrag.

Niklas Schrader (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte die Erstellung eines Wortprotokolls beantragen. Das kann sich auch gerne auf den Wortbeitrag des Abgeordneten Weiß beschränken, aber wahrscheinlich muss man das für den gesamten Besprechungspunkt machen, also beantrage ich das. Hier ist gerade ein Abgeordneter als Komplize des Linksterrorismus verleumdet worden. Ich habe dazu auch keine Rüge des Vorsitzenden gehört. Ich möchte, dass wir ein Wortprotokoll haben, damit wir das gegebenenfalls im Ältestenrat nachbearbeiten können.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schrader! – Wird das allgemein so gewünscht? – Dann können wir so verfahren. – Herr Abgeordneter Franco, bitte, Sie haben noch eine Geschäftsordnungsbemerkung.

Vasili Franco (GRÜNE): Ja, genau! Von mir aus kann Herr Özdemir dazu gleich noch mal Stellung nehmen. Wir hatten aber abgemacht, dass jetzt erst mal die Redebeiträge der Abgeordneten, die auf der Liste stehen, kommen. – [Senatorin Iris Spranger (SenInnSport): Alles gut! Macht das!] – Okay, perfekt! Ein bisschen chaotisch ist das hier sonst, aber wenn wir so verfahren, wie wir das am Anfang beschlossen haben, wäre es super.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Franco! – Es ist eben ein bisschen emotional, das ist ja auch ganz klar. Tatsächlich hatte mir aber Frau Senatorin bereits mitgeteilt, dass wir zunächst doch die Rederunde fortsetzen und sie dann in toto dazu

Stellung nehmen wird. Das war schon im Vorgriff auf Ihren Einwand, der sicherlich berechtigt ist.

Eine Anmerkung dazu: Hier wird eine Behauptung aufgestellt, die wir hier vorne ad hoc nicht überprüfen können. Was wir jetzt tun können und was wir auch tun, ist, Herrn Abgeordneten Özdemir, wenn er das wünscht, die Möglichkeit zu geben, hierzu Stellung zu beziehen, und zwar unmittelbar. Ansonsten müssten wir, wie gesagt, die Sitzung unterbrechen und versuchen, das aufzuklären. Es ist nicht garantiert, dass das in der Kürze der Zeit, die uns dann zur Verfügung stünde, überhaupt gelingt. Ich weise mal darauf hin, weil wir mit diesen Vorwürfen et cetera und natürlich mit den Reaktionen entsprechend umgehen müssen. – Herr Abgeordneter Özdemir, ich verstehe das jetzt so, dass Sie das Wort wünschen, um darauf reagieren zu können. Ich bitte, das in der gebotenen Sachlichkeit zu tun.

Orkan Özdemir (SPD): Danke, Herr Vorsitzender! – Diese Behauptung wurde auch schon im Plenum aufgestellt. Dort habe ich mich dazu schon geäußert und habe auch gesagt, was ich gesagt habe. Es gab zwei Situationen, die habe ich selber noch mal ins Netz gestellt, auch die Rede, die ich gehalten habe, wo es darum geht, dass die AfD eine NGO beziehungsweise ein Künstlerkollektiv wie Political Beauty, das Zentrum für Politische Schönheit, als Linksextremisten bezeichnet und ich gesagt habe, wenn Linksextremismus bedeutet, dass man Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verteidigt, dann sind wir alle Linksextremisten. Ich hatte dort gesagt: Dann sind wir auch sogenannte Linksextremisten. – Das ist von der WELT ganz anders formuliert worden, das haben wir mit denen auch angesprochen. Ich habe das im Plenum gesagt, ich habe es selber noch mal ins Netz gestellt, das haben Sie auch gesehen, und Sie behaupten immer noch so etwas, immer noch diese Lüge. Ich finde das extrem problematisch. Es ist eine Sache, ob man in Telegramgruppen, auf TikTok oder in den sozialen Medien solche Behauptungen in den Raum stellt, das ist schlimm genug, aber dass man so etwas Widerlegtes immer wieder in demokratischen Institutionen und in der Herzammer der Demokratie, in einem Parlament und in einem Parlamentsausschuss behauptet und dann nicht gerügt wird, finde ich extrem problematisch.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Özdemir! – [Zuruf von Marc Vallendar (AfD)] – Herr Abgeordneter Vallendar, bitte! Ich bitte um Ruhe an dieser Stelle. Wir hatten jetzt die Möglichkeit, das auszutauschen. Ich glaube, das ist auch das, was wir als Ausschuss an dieser Stelle leisten können. An der Stelle lasse ich es mal sein Bewenden haben, wenn keine weiteren Geschäftsordnungsanträge gestellt werden sollten. – Das ist nicht der Fall. Wir setzen jetzt unsere Redeliste fort mit Herrn Abgeordneten Dregger. – Bitte, Sie haben das Wort!

Burkard Dregger (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich glaube, dass diese Diskussion überhaupt keinen Erkenntnisgewinn hat in dem, worauf es eigentlich ankommen sollte, nämlich unser Land und seine Menschen vor terroristischen Angriffen zu schützen und entsprechende Großschadenslagen und Katastrophen zu bewältigen. Deswegen haben wir hier auch Gäste sitzen, bei denen ich mich erst mal bedanken möchte, dass sie ihre wertvolle Zeit jetzt leider für eine völlig sinnlose Diskussion aufwenden mussten.

Es geht, erstens, um Terrorabwehr. Kollege Weiß hat die Frage gestellt: Was haben wir eigentlich seit dem letzten Terroranschlag oder dem Anschlag auf die Strominfrastruktur getan? – Der Verfassungsschutz ist in den letzten Haushaltsberatungen von uns personell verstärkt worden. Wir haben als Koalition darauf geachtet, dass diese personelle Verstärkung nicht nur die Bereiche Rechtsextremismus, Islamismus oder auslandsbezogener Terrorismus oder Extremismus betrifft, sondern auch den Linksextremismus. Wir haben darauf geachtet, dass der Verfassungsschutz in jeder Hinsicht, so gut es denn geht und die Haushaltslage es hergibt, aufgestellt ist, und das ist auch umgesetzt worden.

Dann darf ich darauf hinweisen, dass der Verfassungsschutz sich zudem noch um Spionageabwehr kümmern muss, übrigens auch genau, um unsere kritischen Infrastrukturen zu schützen, denn sie werden nicht nur von inländischen extremistischen Straftätern bedroht, sondern auch von ausländischen Mächten, die hier intensiv Spionage betreiben und unsere kritischen überlebenswichtigen Infrastrukturen ausspionieren, um sie zu einem geeigneten Zeitpunkt – jedenfalls müssen wir das befürchten – auszuschalten. Deswegen ist es richtig, dass sich der Verfassungsschutz Berlin auch mit der Spionageabwehr beschäftigt und dass auch dafür Personal innerhalb dieser Abteilung aufgewandt wird. Er kommt seinen Aufgaben nach, und ich kann das nur unterstützen.

Ferner hat die Koalition eine Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes auf den Weg gebracht. Das wird noch vor der Sommerpause im Verfassungsschutzausschuss und im Plenum verabschiedet werden. Da geht es darum, die Befugnisse und die Fähigkeiten des Verfassungsschutzes an die Bedrohungslage anzupassen bis hin zu Finanzauswertungen. Das ist richtig. Im Hinblick auf die polizeiliche Gefahrenabwehr haben wir die größte Polizeirechtsreform in der Geschichte des Abgeordnetenhauses von Berlin durchgeführt. Das Gesetz ist, wie Sie wissen, im Dezember verabschiedet worden, nach zweijährigen intensiven Verhandlungen. Es ist in Kraft getreten, und wir haben im Doppelhaushalt des Landes Berlin für dieses und nächstes Jahr dafür Vorsorge getroffen, dass die Polizei auch die technische Ausstattung erhält, um die wachsenden Befugnisse ausüben zu können. Sie wissen aufgrund unserer intensiven Beratungen über die Polizeirechtsnovelle alle, dass ein wesentlicher Teil der neuen Befugnisse auch der Abwehr von terroristischen Bedrohungen und Bedrohungen für unsere überlebenswichtigen Infrastrukturen dient. Das sind Befugnisse wie Telefonüberwachung, Quellen-TKÜ, Onlinedurchsuchungen, Funkzellenüberwachung bis hin zur elektronischen Fußfessel, die elektronische Auswertung von Daten, die automatisierte Datenabfrage. Das sind die Maßnahmen, die dem polizeilichen Staatsschutz dabei helfen sollen und werden, solche Gefahren, wie sie sich hier realisiert haben, frühzeitig zu erkennen. Wenn Sie diese Frage stellen: Was haben wir getan? –, dann kann ich nur darauf verweisen. Das ist substanziell und von großer sicherheitspolitischer Bedeutung.

Das zweite schwere Thema ist der Katastrophenschutz selbst; wie, wenn der Fall – die Großschadenslage oder die Katastrophe – eintritt, zu reagieren ist, Vorsorge zu treffen ist, um dann geordnete Abläufe zu haben. Da reden wir über Strukturen, Ressourcen und technische Fähigkeiten. Insofern, so schlimm dieser Anschlag und seine Auswirkungen waren – 100 000 Menschen waren betroffen –, so sehr ist das jetzt die Chance, durch eine sachgerechte Auswertung die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen, damit wir zukünftig in der Lage sind, nicht nur einen Anschlag auf 100 000 Menschen, sondern auf 1 Million Menschen abzuwehren, denn darum wird es gehen. Das sind die Szenarien, auf die wir uns einstellen

müssen. Deswegen ist es jetzt wichtig, dass wir zur inhaltlichen Debatte zurückkommen und uns nicht in irgendwelchen sinnlosen gegenseitigen Anschuldigungen verlieren.

Ich würde gerne, da wir in der Beratung und Befragung sind, Herrn Dr. Landeck, der die Stromnetz Berlin GmbH vertritt und dankenswerterweise heute wieder erschienen ist, bitten, uns noch einmal etwas zum Thema besserer Schutz der kritischen Infrastrukturen zu sagen. Sie hatten in der letzten Sitzung bereits ausgeführt und über Videoaufklärung zum Schutze Ihrer Infrastrukturen und über Härtingen, also bauliche Härtingen von besonders neuralgischen Punkten und Ähnliches gesprochen. Meine Frage an Sie ist: Warten Sie damit, bis es ein KRITIS-Dachgesetz des Bundes gibt, das derartige Festlegungen womöglich vornimmt, oder sehen Sie sich veranlasst, bereits jetzt in Auswertung des Anchlages tätig zu werden? Sie können sich vorstellen, dass ich Letzteres bevorzugen würde.

Damit verbinde ich meine Frage an den Senat, insbesondere den Chef der Senatskanzlei, Herrn Graf, der dankenswerterweise hier ist: Inwieweit ist der Senat in Kontakt mit dem Bund, der Bundesregierung und auch der Koalition auf Bundesebene, um bei dem KRITIS-Dachgesetz zu den notwendigen Schlussfolgerungen zu kommen in der Auswertung dessen, was wir hier erlebt haben?

Dann wäre ich dankbar, wenn alle Beteiligten – ich sehe auch die Bezirksbürgermeisterin, herzlich willkommen! – schildern könnten, wie sie den Ablauf gesehen haben und wo sie selbst Veränderungs- und Verbesserungsbedarf sehen. Ich kann nur ermutigen sowohl zur Selbstkritik – das geht in alle Richtungen – als auch zur Wahrnehmung über andere. Es ist nicht schlimm, dass nicht alles sofort beim ersten Mal richtig läuft. Wichtig ist nur, dass wir jetzt diese Chance ergreifen, die Sache auszuwerten. Insofern wäre ich dankbar, wenn man darüber offen fachlich reden könnte, auch mit Blick auf die Entscheidungen, die wir dann vornehmen müssen, beispielsweise in der Veränderung des Katastrophenschutzgesetzes Berlin. Die Frage, ob es eine zentrale Führung unter bestimmten Voraussetzungen geben sollte oder ob es zumindest ein Zugriffsrecht einer Führungsebene auf Landesebene geben muss, um die Führung zu übernehmen, ist bisher nicht geregelt. Das Katastrophenschutzgesetz redet nur davon, dass die Katastrophenschutzbehörden sich gegenseitig koordinieren, aber da steht nichts von Führung. Ich glaube, auch die bisherige Anhörung hat ergeben: Führung in einer solchen Krise ist wichtig. Einer muss den Hut auf haben, und das bedeutet aber auch, er muss bereit sein, Verantwortung zu übernehmen. Er könnte dann auch in Kritik geraten, er könnte auch Fehler machen. Ich kann aber nur, da ich selbst militärisch geprägt bin, ermutigen, dass man Verantwortung übernimmt, dass man Entscheidungen fällt und sie nicht aussitzt. Deswegen bin ich dankbar, wenn wir dazu einige fachliche Einschätzungen haben könnten, denn das sind die entscheidenden Fragen. – Danke schön!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dregger! – Bitte, Frau Abgeordnete Kapek, Sie haben das Wort!

Antje Kapek (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch an alle Anzuhörenden, dass Sie uns die Zeit schenken! Entschuldigung auch für die Spezifika dieses Ausschusses. Ich möchte noch mal vorab sagen, es ist schon etwas Besonderes, dass Sie die Redeliste der letzten Sitzung hier fortsetzen. Das hat auch etwas damit zu tun, dass bei der dreistündigen Sitzung vor zwei Wochen fast zwei Stunden nur der Senat gesprochen hat. Deshalb sehen Sie es uns nach, wenn wir uns wünschen, dass wir auch als Legislative hier die Mög-

lichkeit bekommen, Fragen zu stellen. – [Zuruf von Kurt Wansner (CDU)] – Das kann man auf YouTube auswerten, über ChatGPT, ist ganz einfach.

Ich habe mich vor zwei Wochen an einer Stelle gemeldet, an der richtigerweise festgehalten wurde, wir sollen doch jetzt bitteschön die Situation nicht für Wahlkampf nutzen. Dem möchte ich mich ausdrücklich anschließen. Allerdings haben wir dann festgestellt, dass wir doch sehr schnell in eine Atmosphäre des Fingerzeigens geraten sind. Das ist für mich noch mal Anlass zu sagen: Mehr Sicherheit in dieser Stadt entsteht auch dadurch, dass Menschen Verantwortung übernehmen, dass sie sagen: Meine Rolle ist Folgende, und ich strahle Sicherheit aus, indem ich diese Rolle kritisch reflektiere und gegebenenfalls auch Lehren für die nächste Situation daraus ziehe. – Sicherheit ergibt sich übrigens nicht daraus, dass man als Exekutivmitglied selbst den Bohrer in die Hand nimmt und versucht, die Stromleitung zu reparieren, sondern dass ich vor Ort bin und Menschen signalisiere, dass ich bei ihnen bin, dass ich mit ihnen fühle, dass ich ihnen den Eindruck vermittele: Wir haben das hier unter Kontrolle und bekommen das hin.

Dass diese Situation relativ schnell klar war, hat beim letzten Mal hier schon der Vertreter der Senatswirtschaftsverwaltung ausgeführt, der darauf hinwies, dass bereits Samstagvormittag klar war, dass wir von einer Situation oder von einem Schadensfall sprechen, der mehrere Tage dauern wird. Das heißt, ab Samstagvormittag war klar: Wir haben eine Krise. Und es spielt überhaupt keine Rolle wo, in welchem Unternehmen, in welchem Fall man eine Krise hat – in einer Krise gibt es eine Grundregel, nämlich: Alle Beteiligten müssen wissen, was zu tun ist. Jede Ebene muss in dieser Situation wissen, was ihre Verantwortung ist. Ich glaube, wir würden jetzt hier nicht zum zweiten Mal im Innenausschuss sitzen, wenn das hundertprozentig der Fall gewesen wäre. Noch mal: Ich will mich Herrn Dregger ausdrücklich anschließen. Fehler können passieren. Ich weiß auch gar nicht, ob das immer ein Fehler ist; man macht Dinge, weil man sie in dem Moment für richtig hält, aber sie stellen sich vielleicht im Nachhinein als optimierungsbedürftig heraus. Entscheidend ist, wie ich im Nachhinein damit umgehe, und im Nachhinein müssen wir feststellen, dass wir selbst vier Monate nach dem Stromausfall in Adlershof die Strukturen nicht optimiert haben. Das betrifft alle Ebenen. Es bringt nichts, wenn wir sagen: Hier war es der Bezirk, da war es der Bund, da war es das Land. – Das hilft uns nicht weiter. Die Menschen da draußen interessieren sich dafür gar nicht. Im Zweifelsfall können die 100 000 Menschen, die betroffen waren, gar nicht unterscheiden zwischen den Ebenen. Die wollen einfach, dass die da oben, die Politik sich kümmert, und das ist unser aller Verantwortung.

Wenn man also bei den Menschen selber anfängt: Geht man in andere Länder, beispielsweise nach Südkorea, nach Japan, nach Thailand wo auch immer, habe ich dort Wegeleitsysteme. Dort weiß ich als Bürgerin zu jedem Zeitpunkt, egal, was für eine Katastrophe eintritt, wo ich mich hinbegeben muss, wie ich mich zu verhalten habe, was passiert. Wenn die U-Bahn ausfällt oder ein Crash ist – mit einem Tsunami müssen wir in Berlin zum Glück noch nicht rechnen – gibt es auf jeden Fall ein Katastrophenschutzwegeleitsystem, damit Menschen wissen: Ich brauche nicht nur ein Radio mit Kurbel zuhause, sondern ich habe auch hier Anlaufpunkte, an die ich mich wenden kann. Hier gibt es vielleicht die Notunterkunft um die Ecke, in der ich Schutz vor was auch immer finden kann. – Auch das sei an dieser Stelle gesagt: Es geht am Ende des Tages nicht um die Frage, von wem eine terroristische Gefahr ausgeht, in einer Zeit, in der wir, und auch das hat Herr Dregger richtig ausgeführt, damit rechnen müssen, dass die Gefahren aus allen möglichen Richtungen kommen. Ob die linksterroristisch,

rechtsterroristisch, russisch, chinesisch, nordkoreanisch oder wie gerade zu erleben iranisch sein können, spielt keine Rolle. In dem Moment, in dem ich einen Katastrophenfall habe, muss ich immer auf die gleiche Art und Weise reagieren.

Die Einzige – die möchte ich lobend hervorheben –, die das mustergültig gemacht hat, war in der Situation Wirtschaftssenatorin Giffey, die nämlich sofort vor Ort war, sich sofort ein Bild über die Lage gemacht und auch sofort informiert hat, sodass selbst ich als nicht nur Politikerin, sondern auch Bürgerin dachte: Ah, jetzt verstehe ich es. Deshalb dauert es nicht nur ein paar Stunden, sondern ganze Tage. – Das kann man an der Stelle auch als Lehre ziehen. Insofern meine Frage – wir haben heute tatsächlich zum ersten Mal die Senatskanzlei und den Bezirk Steglitz-Zehlendorf vor Ort –: Was sind die Lehren, die Sie aus dem Blackout im Südwesten ziehen? Vielleicht explizit an die Senatskanzlei die Frage: Können wir denn in drei Monaten noch mal mit einem überarbeiteten Katastrophenschutzplan mit klaren Rollenverteilungen rechnen? Denn der Landesrechnungshof hat zu Recht gesagt: Jede Ebene hat ihre Verantwortung, aber das Land Berlin muss koordinieren – Herr Dregger hat es gerade ausgeführt, diese Koordinierungsrolle ist noch nicht endgültig geschärft –, damit wir hoffentlich, wenn es noch einmal zu irgendeinem Vorfall irgendeiner Art kommen sollte, dann auch sicher sein können, dass sich alle gut versorgt fühlen.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Kapek! – Bitte, Herr Abgeordneter Bertram!

Philipp Bertram (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch von unserer Seite aus noch mal an diejenigen, die heute zum Thema erschienen sind, herzlich willkommen und vielen Dank für Ihre Zeit! Ich werde mich in meinen Fragestellungen ein Stück weit auf die Senatskanzlei und die Innenverwaltung beschränken, denn, Herr Dr. Landeck, wir hatten schon vor zwei Wochen im Wirtschaftsausschuss die Möglichkeit, sehr ausführlich über die Thematik zu sprechen, genauso Herr Biel. Da haben wir mit der Verwaltung schon sehr ausführlich über die Fragen ihrer Zuständigkeit gesprochen. Ich würde an dem Themenpunkt ansetzen, wo Frau Kapek gerade aufgehört hat, bei der Frage der landesweiten Koordinierung und der Aufgabe des Landes und seiner zuständigen Behörden.

Wir haben vor zwei Wochen und in der Zwischenzeit sowohl von Frau Giffey als auch von den Landesunternehmen selbst die Mitteilung bekommen, dass sowohl nach dem Anschlag von vor vier Monaten als auch dem vor drei Wochen die Frage intensiver erörtert werden soll – die Frage richtete sich auch an Sie, Herr Graf –, dass die Landesunternehmen untereinander stärker vernetzt werden und zusammenarbeiten sollen in der Frage: Wie können wir uns resilienter aufstellen? Das ist das eine. Das liegt in der fachlichen Zuständigkeit der Wirtschaftsverwaltung, und trotzdem wird es ein gesamtstädtisches Interesse geben, auch aus Sicht der Senatskanzlei, mit Blick auf bestimmte Verfahren im Sinne von: Wie stellt sich die kritische Infrastruktur selbst auf, aber auch begleitend mit Sicherheitsfaktoren? Welche Lehren ziehen wir daraus? – Wie wollen Sie das aus der Senatskanzlei begleiten, welche Lehren ziehen Sie daraus für sich, und welche Schwerpunkte wollen Sie setzen?

Das Zweite ist zu den Zuständigkeiten und Organisationseinheiten: Wir sprechen seit zwei Wochen intensiv in diesem Haus über die Frage: Wie wurde die Großschadenslage ausgerufen? Wer hat was und wie und wann gemacht? Jetzt mag das vielleicht ein semantisches Thema sein oder ich habe es immer wieder seit zwei Wochen falsch verstanden, aber die Aus-

sagen, die hier immer wieder getroffen wurden, auch in diesem Ausschuss vor zwei Wochen: Es sei alles glasklar, derjenige ist für das zuständig, dort gibt es den verwaltungsinternen Krisenstab und so weiter und so fort –, scheinen dann doch nicht so klar zu sein, denn jeder verwendet unterschiedliche Begriffe. Jeder hat ein unterschiedliches Verständnis, wer für was und wann zuständig ist. Die Frage an Sie, Herr Graf, wäre, wo hier aus Sicht der Senatskanzlei der Nachbesserungsbedarf besteht oder wie Sie gedenken, dort zu einer Vereinheitlichung zu kommen oder zu einem Wissenstransfer, damit Verwaltungseinheiten genauer abgestimmt wissen, was sie wann und wie zu tun haben. Vielleicht hilft es schon, wenn alle von der gleichen Sache sprechen, den Kindern den gleichen Namen geben, sodass darüber vielleicht auch Klarheit herrscht, was wie wo miteinander zu tun hat. In den vergangenen zwei Wochen wurde sehr deutlich, dass von Bezirks- bis Landesebene oder nachgeordneten Behörden jeder irgendwelche anderen Begriffe benutzt und jeder durchaus auch ein unterschiedliches Verständnis von Zuständigkeiten für sich definiert. Das muss offensichtlich nachgebessert werden. Die Frage an Sie ist, wie Sie es aussteuern wollen, auch mit der zuständigen Behörde; und Frau Senatorin, auch an Sie die Frage, wie man sich dieser Frage aus Ihrer Sicht stellt und wie man dort die Nachbesserungen vornimmt.

Beim Thema Resilienz haben wir in den letzten zwei Wochen auch über ein Hauptthema gesprochen, und das war das Thema Kommunikation. Vor zwei Wochen haben Sie auch seitens der Polizei erläutert, wie die Kommunikation im Krisenfall gelaufen ist. Einer der schwierigsten Momente war aber dann doch am Samstag der Ausfall der Mobilfunkinfrastruktur. Die Frage stelle ich sowohl an Frau Senatorin als auch an die Senatskanzlei, wie Sie sich mit den Mobilfunkbetreibern ins Benehmen gesetzt haben, wie es zu diesem Punkt kommen konnte – denn die sind auch ein Teil der kritischen Infrastruktur –, wie es zu diesem Totalausfall kommen konnte und wie dort nachgebessert wird, damit das in Zukunft vermieden wird.

Jetzt hätte ich noch ein paar Fragen, die sich nur auf die Innenverwaltung beziehen, und das ist zum einen die Frage in Bezug auf den Brief, den wir von den Katastrophenschutzverbänden bekommen haben, wie Sie die Stellungnahme bewerten. Ich würde da gerne einen Punkt herausgreifen, und das ist die gesetzliche Freistellung, die in dem Brief adressiert wird in der Frage Gleichstellung zum Beispiel zu der Freiwilligen Feuerwehr im Krisenfall. Wie bewerten Sie die Einschätzung der Katastrophenschutzverbände dort?

Seitens der Innenverwaltung – das haben wir auch letztes Mal hier besprochen – gibt es durchaus die Initiative, die Transparenzgesetzgebung anzufassen und gleichzeitig auch die Videoüberwachung zu thematisieren. Jetzt haben wir aber in den letzten zwei Wochen ausführlich besprochen und gelernt, dass, erstens, im Bereich Transparenzgesetzgebung die Ausnahmen für die kritischen Infrastrukturen bereits gegeben sind. Die Frage ist: Welchen weiteren Anpassungsbedarf sehen Sie, oder haben wir hier eher ein Umsetzungsproblem und kein Problem auf der gesetzlichen Ebene? Es wäre gut, wenn Sie das noch mal spezifizieren könnten. – Das Zweite ist: Beim Thema Kameraüberwachung und Sicherheit ist es nun so, dass die Stromnetz Berlin uns sehr deutlich gemacht hat, dass private Sicherheitsdienste eingesetzt werden, auch an der Stelle, wo der Anschlag stattfand, ein Sicherheitsdienst im Einsatz war, und Kameraüberwachung an vielen Knotenpunkten vorhanden ist. Wir haben 144 Kamertürme bei der Stromnetz; die Prozentzahlen, zu wie vielen Teilen das Stromnetz quasi abgesichert ist, könnte Herr Landeck jetzt noch mal nennen. Wo sehen Sie auch dort den ganz konkreten Verbesserungsbedarf aus sicherheitspolitischer Sicht, der hier vorgenommen werden muss? Bisher erschließt er sich nicht, wenn man den Gesamtfahrplan auch der Stromnetz über

die nächsten Jahre sieht, wie dort am Netz weitergearbeitet und im laufenden Projektverfahren der Fortschritt erzeugt wird.

Die letzte Frage richtet sich sowohl noch mal an die Senatsverwaltung für Inneres als auch an die Senatskanzlei; das ist die Frage der Katastrophenschutzvorsorge. Wir müssen uns immer wieder der Situation stellen, dass diese Katastrophenfälle eintreten können. Aus Ihrem Haus und von den Katastrophenschutzdiensten gibt es Empfehlungen, was Privatpersonen und Haushalte an eigener Vorsorge zu leisten haben. Jetzt stehen wir aber vor der Situation – und die hat es auch in Steglitz-Zehlendorf insbesondere getroffen –, dass wir vulnerable Gruppen haben, seien es Rentnerinnen und Rentner, die zum Beispiel auf Grundsicherung angewiesen sind, die sich die Vorsorge für den Katastrophenschutzfall nicht so einfach leisten können. Die Frage ist, wie sowohl gesamtstädtisch betrachtet die Senatskanzlei als auch die Innenverwaltung als die für den Katastrophenschutz zuständige Behörde mit dieser Herausforderung umgehen möchten oder welche Lehren man daraus ziehen könnte; wie wir damit umgehen wollen, wie wir die Bevölkerung besser auch in Gänze mitnehmen und befähigen wollen, sich auf diese Zustände – wir hoffen, sie treten nicht wieder ein, aber sie können eintreten – besser vorzubereiten und zu schützen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bertram! – Dann hat jetzt zunächst die Innensenatorin das Wort, weil sie durch terminliche Bindungen im Anschluss leider los muss, und deswegen ziehen wir das an dieser Stelle vor. – Frau Senatorin, bitte, Sie haben das Wort!

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport): Ich darf vielleicht noch mal ganz kurz etwas zusammenfassend zu der Gesamtsituation sagen. Ich habe es schon im letzten Ausschuss sehr ausführlich gemacht. Ich habe selbstverständlich sehr kritisch das bewertet, was, erstens, mein Haus zu machen hat, und, zweitens, was alle anderen Katastrophenschutzbehörden – und wir haben 37 Katastrophenschutzbehörden, das wissen Sie alle –, das heißt also, jede Senatsverwaltung, jeder Bezirk sich vornehmen müssen.

Herr Weiß, Sie haben eine Sache gesagt, die wir natürlich schon im Parlament miteinander besprochen haben. Darauf möchte ich dann doch noch mal eingehen. Ich habe in der Situation einer Einschätzung vom LKA, vom BKA und vom Verfassungsschutz gehabt, wo klar gesagt wurde: Wir sprechen von Linksterrorismus. Das habe ich klar benannt. Nicht nur ich als Innensenatorin habe es klar benannt, sondern auch der Bundesinnenminister. Das war dann auch die Ursache, dass der Generalbundesanwalt dieses Verfahren an sich gezogen hat. Dass 1 Million Euro ausgelobt worden ist, stimmt. Das ist vom Bund gemacht worden. Das ist ein einmaliger Vorgang. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass der Bund schon mal in so einer Größenordnung und auch in so einer Situation es so gemacht hat, das heißt also, für Zeugenaussagen 1 Million Euro auszuloben, um das gemeinsam mit dem BKA, mit dem Generalbundesanwalt aufzuklären. Wir sprechen hier über Terrorismus. Was Sie immer wieder unterstellen, ist die Zusammenführung des Referats. Auch das habe ich sehr klar in der Parlaments-sitzung gesagt. Zur Zusammenführung des Referates wurde auch schon in den Ausführungen der Abgeordneten einiges gesagt. Das kann nachher dann auch noch mal Michael Fischer sagen, der Verfassungsschutzchef. – Was mir besonders wichtig ist, ist: Wir müssen uns gemeinsam kritisch hinterfragen: Welche zusätzlichen Dinge müssen wir tun? „Zusätzlich“ heißt: Welche Maßnahmen – und das werden dann Herr Landeck beziehungsweise Herr Staatssekretär Biel ausführen – haben sie ergriffen nach dem letzten Stromausfall? Sie wissen,

wir haben 99 Prozent – – – [Wiedergabe eines Videos auf einem Handy] – Solange ich es nicht bin und ich mich doppelt höre, ist das auch interessant, aber ich hätte es lieber, dass wir jetzt fortfahren können. – Wir haben nicht nur das Referat entsprechend zusammengeführt, sondern wir haben auch beim LKA 52 – auch hierüber habe ich schon mal besprochen – personell aufgestockt. Über 10 Prozent haben wir mehr an Kolleginnen und Kollegen in dieses LKA 52 gegeben.

Wir haben Folgendes zu tun, deshalb habe ich beim letzten Mal auch sehr ausführlich darüber gesprochen: Wir werden uns die Gesetze, die wir jetzt in Arbeit haben, die auch schon teilweise in der Bearbeitung des Abgeordnetenhauses liegen, noch mal genau anschauen. Wir werden uns die Schärfung des Katastrophenschutzgesetzes vornehmen müssen, also die Unterscheidung zwischen dem, was wir jetzt miteinander gemacht haben, und der Katastrophe miteinander besprechen. Wir rufen in der AG Resilienz, und da bin ich den beiden Fraktionsvorsitzenden der Koalition sehr dankbar, dass sie diese AG Resilienz aufgerufen haben, jeden einzelnen Fakt – dazu kann auch Florian Graf, der CdS, noch mal etwas sagen – auf. Sie wird heute auch wieder tagen. Das ist im Übrigen, glaube ich, das THW dabei, die Hilfsorganisationen sind heute alle mit dabei. Da werden wir auch den Brief, den sie an uns gerichtet haben – Herr Bertram hatte das auch gesagt –, auswerten und gemeinsam besprechen.

Zur Energieversorgung werde ich nichts weiter sagen, denn dazu sind der Staatssekretär und Herr Landeck hier. Was ich mit dem Bundesinnenminister besprochen habe, auch das ist wichtig hier noch mal klar zu sagen, ist: Wir sind die Bundeshauptstadt, und in der Bundeshauptstadt Angriffe durchzuführen, liegt natürlich auch im Interesse von Terrorismus, egal, woher er kommt. Es ist das klare Interesse, immer in das Herz der Länder, in die Hauptstadt reinzugehen. Das haben wir in Paris gemerkt, das haben wir in anderen Hauptstädten gemerkt und deshalb natürlich auch in Berlin. Der CdS wird noch mal etwas sagen, denn das ITDZ ist bei ihm angebunden, das heißt also, auch da haben wir jede Menge Angriffe. Dazu kann er dann etwas sagen. Deshalb haben wir auch den Verwaltungsreformprozess miteinander besprochen. Der Bund hat eine Aufgabe, und zwar ganz klar die Bundeshauptstadt finanziell zu unterstützen, nämlich in einem Programm, das speziell Bundeshauptstadt und Regierungssitz betrifft, denn dort sind die Interessen von Terrorismus besonders groß. Ich habe dazu sehr ausführlich mit ihm ein Gespräch geführt. Er wird diese Woche noch mal aus diesem Gespräch einen entsprechenden Brief bekommen, und wir werden uns zusammensetzen müssen. Der Regierende Bürgermeister hat das genauso mit dem Bundeskanzler und mit dem Bundeskanzleramtschef – dazu kann Herr Graf noch mal etwas sagen – besprochen, das heißt also, da müssen wir finanziell unterstützt werden. Wir haben, um mal ein Beispiel zu nennen – Herr Homrighausen sitzt hier –, bei den Katastrophenschutzfahrzeugen für die Feuerwehr, obwohl uns 100 Prozent zustehen, nur 117 von 228 Fahrzeugen, die uns zustehen würden. Das sind 51 Prozent. Dieses Windhundrennen von allen Bundesländern muss aufhören. Die Bundeshauptstadt ist in einem besonderen Schutzbedürfnis, und das muss die Bundesregierung nicht nur anerkennen, sondern auch finanziell unterstützen und uns wenigstens dort endlich zu 100 Prozent unterstützen. Wir müssen aber auch, um das klar zu sagen – und deshalb ist es gut, dass die AG Resilienz jeden einzelnen Bereich miteinander bespricht –, im Sondervermögen umsteuern, und wir müssen auch noch mal im Haushalt umsteuern. Auch das werden wir gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen inhaltlich und auch finanziell zu besprechen haben. – Das, was Sie, Herr Bertram, angesprochen haben mit der Vorsorge und so weiter, geht natürlich dann an die Sozialverwaltung, denn dort muss es dann natürlich auch gemacht werden; insofern alles gut.

Transparenzgesetz: Wir führen zurzeit gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der Senatsverwaltungen und mit den Koalitionsfraktionen Gespräche: Welche Gesetze müssen wir wo noch mal anpassen? –, ob es das IFG ist, ob es das Transparenzgesetz ist und so weiter. Wir müssen das Datenschutzgesetz genauer anschauen. Wir – die Wirtschaftsverwaltung und meine Innenverwaltung – haben jetzt gemeinsam die Möglichkeit geschaffen, dass für dieses 1 Prozent dort schneller das gemacht werden kann, was vorzusehen ist, denn die Energieversorger sind dafür verantwortlich, dass ihre neuralgischen Punkte abgesichert sind. Dieses 1 Prozent war noch nicht so abgesichert, wie es das hätten sein sollen. Deshalb haben wir gemeinsam das Datenschutzgesetz angewandt – wegen Terrorismus – und haben auch gesagt, dort muss sehr schnell die Polizei abgezogen werden, weil das ja auch ein Kritikpunkt war – das ist Freitag vor einer Woche gewesen –, das heißt, dort sind private Sicherheitsdienste, und Video- und weitere Maßnahmen können damit jetzt gemacht werden. Das kann aber Herr Landeck ausführen.

Noch mal, Herr Weiß: Wenn mein Staatssekretär hier etwas sagt, dann ist das selbstverständlich auch die Meinung der Innensenatorin, um das mal ganz deutlich zu sagen. – Herzlichen Dank! – Ich darf mich jetzt verabschieden, weil ich eigentlich seit einer halben Stunde bei einer Veranstaltung bin, aber mein Staatssekretär wird sich jetzt hierhersetzen, und ich bedanke mich für die Fragen! – Deshalb habe ich beim letzten Mal auch länger geantwortet, Frau Kapek, das ist nun mal so. – Danke schön!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Senatorin! Vielen Dank auch für die Ausführungen! Viel Erfolg beim Folgetermin! – Selbstverständlich hat hier der Senat jederzeit die Möglichkeit, Stellung zu nehmen, das ist so festgelegt. – Wir kommen nun zu den weiteren erschienen Vertreterinnen und Vertretern des Senats beziehungsweise der Stromnetz Berlin GmbH und natürlich des betroffenen Bezirks Steglitz-Zehlendorf. Ich schlage Ihnen vor, dass wir in der Reihenfolge bei Frau Schellenberg anfangen und dann einfach von rechts nach links vorgehen; wir haben ja von Herrn Dr. Landeck letztes Mal bereits einige Ausführungen gehört. Wenn das auf Zustimmung trifft, dann verfahren wir so. – Es gibt keinen Widerspruch. – Dann, Frau Bezirksbürgermeisterin Schellenberg, bitte, Sie haben das Wort!

Maren Schellenberg (BA Steglitz-Zehlendorf): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte mich auch insgesamt bedanken, dass mir als Bürgermeisterin des betroffenen Bezirks, wie Sie es gerade so schön genannt haben, hier die Gelegenheit gegeben wird, Fragen zu beantworten und auch Stellung zu nehmen. Wie die Situation an diesem Samstagvormittag aussah, wissen wir alle: 100 000 Menschen, Schneefall, Temperaturen unter null und dann die Ansage: Es dauert bis Donnerstag. – Kurzfristig danach dann der Ausfall des Mobilnetzes.

Ich möchte mal ein bisschen anders anfangen und vielleicht etwas positiver: Wenn ich mit den Menschen spreche – und das findet im Augenblick in Steglitz-Zehlendorf an der Supermarktkasse, in unseren Bürgersprechstunden, auf der Straße, in Reinigungen und so weiter statt –, stelle ich fest, dass die Menschen einigermaßen gut durch diese Situation gekommen sind. Sie sind auch ein bisschen stolz, dass sie das gemeistert haben, einfach die Bürgerinnen und Bürger des Bezirks, die betroffen waren, aber auch mit einer Dankbarkeit an die, die nicht betroffen waren und an alle anderen Berlinerinnen und Berliner. Es hat sich eine Solidarität und Hilfsbereitschaft gezeigt, die, glaube ich, auch mal erwähnenswert ist, unabhängig von Streitigkeiten, wer wann was richtig oder falsch gemacht hat. Ich möchte die Situation hier jetzt auch für einen Dank für die wirklich gute Zusammenarbeit nutzen – so habe ich sie emp-

funden – mit den Hilfsorganisationen, mit der Feuerwehr, mit der Stromnetz Berlin – da war weniger Zusammenarbeit, aber dass Sie es dann doch geschafft haben und schneller geschafft haben, war für uns eine ganz große Entlastung –, Polizei, Innenverwaltung, THW und so weiter. Ich hoffe, ich habe jetzt keinen vergessen; der möge sich bitte auch mit einbezogen fühlen.

Es hat auch viel einfach funktioniert, und die Situation war eine sehr herausfordernde, auch für den Bezirk. Mit Bombenfunden, Großbränden, Löwen und so weiter kommen wir gut zurecht, das findet gar nicht den Weg hier in den Innenausschuss, da funktioniert die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Zuständigen aus meiner Sicht schon sehr gut und einfach auch ohne besondere Aufmerksamkeit. Hier hatten wir eine völlig andere Situation. Aus meiner Sicht – und ich weiß, dass es hier zum Beispiel auch ganz anders diskutiert wurde, was ich sehr schade finde –, hat sehr viel funktioniert. Die Meldekettensysteme haben funktioniert. Um 8.17 Uhr hat der Katastrophenschutzbeauftragte des Bezirks die Meldung bekommen, um 8.45 Uhr hat er bereits den Bildschirm im Rathaus angemacht und sich mit den anderen Behördenvertretern verständigt. Unser Katastrophenschutzplan und die Stabsordnung haben gegriffen. Wir haben an der einen oder anderen Stelle festgestellt, dass wir nachschärfen müssen, etwas verändern müssen. Das wird, sehr geehrter Herr Abgeordneter Dregger, selbstverständlich stattfinden, hat auch schon stattgefunden.

Die Verbindungen zu Feuerwehr, THW, Polizei und zu den Hilfsorganisationen haben so herum wie so herum sehr schnell stattgefunden, und die Kommunikation war dort gegeben. Um ein Missverständnis, das immer wieder durch die Presselandschaft oder auch hier und dort wabert, nenne ich das jetzt mal, auszuräumen: Selbstverständlich haben sowohl die Bezirksbürgermeister untereinander Kontakt gehabt als auch die Katastrophenschutzmitarbeitenden, die Katastrophenschutzbeauftragten der anderen Bezirke. Wir haben auch sehr schnell große Hilfe aus anderen Bezirken gehabt, ob es Betten, Steckerleisten, Mitarbeitende des Ordnungsamtes waren und so weiter und so fort; weil es immer wieder so unterschwellig hieß: Ihr habt euch ja nicht helfen lassen. – Nein, wir waren im guten Austausch.

Selbstverständlich kann an vielen Stellen noch vieles besser werden. Das hat schon angefangen. Gespräche mit Polizei, Feuerwehr, Hilfsorganisationen, auf Ebene des Bezirks haben schon stattgefunden, wo ganz genau geschaut werden muss: Was hätte besser funktionieren können? Wo hätte man Dinge anders machen müssen?

Ich möchte aber auch nicht verhehlen: Dass Aussagen wohl in der letzten Innenausschusssitzung hier – ich hatte leider nicht die Zeit, mir diese Sitzung anzuschauen, weil wir noch mit den Aufarbeitungen beschäftigt waren – fallen wie: Ich habe 100 Menschen im Einsatz gehabt, der Bezirk 24 –, was dann meine Mitarbeitenden, und um die geht es mir, es geht mir nicht um meine persönliche Befriedigung oder sonst etwas, am nächsten Tag in der Zeitung lesen müssen – Mitarbeitende, Verwaltungsangestellte, die normalerweise Trauungen machen oder Personalausweise ausstellen, die im Schichtbetrieb über mehr als eine Woche lang versucht haben, den Laden am Laufen zu halten in der Hotline und so weiter – – Für die ist das eine ganz schwierige Situation, und es ist genauso schwierig, und das richte ich an alle Beteiligten, wenn ich dann Sachen höre wie: Oh, ich schaue überhaupt nicht mehr in die Zeitung, was da gesagt wird, ist doch alles Unsinn. – Wie gesagt, das hat nichts mit uns als politische Oberköpfe zu tun, sondern es geht schlicht um die Mitarbeitenden aller Stellen.

Ich möchte hier auch die Gelegenheit nutzen, um mal einen Satz zu den sogenannten Katastrophenschutz-Leuchttürmen zu sagen und dass unsere angeblich nicht funktionsfähig gewesen wären – und dann der Hinweis, wenn das geklappt hätte, wäre alles besser gelaufen –: Man muss sich da klarmachen, dass diese Katastrophenschutz-Leuchttürme in der augenblicklichen Form – und ich glaube, ein Punkt, über den wir dringend reden müssen, ist, was die noch leisten können müssen –, wie eine Kollegin von mir sagte, digitale Anlaufpunkte und Anzeigetafeln sind. Sie sind nicht geeignet, die Bevölkerung zu versorgen. Sie sind nur dazu geeignet – und das hat mit denen der Feuerwehr und der Polizei in den betroffenen Gebieten auch sehr gut funktioniert – zu informieren und können nicht versorgen. Unsere sind im Augenblick, vielleicht kann man das noch mal ändern, auch nicht mobil. Die sind am Rathaus Lankwitz, außerhalb des Bereichs, am Rathaus Steglitz – ich hätte ja einen auf den Hermann-Ehlers-Platz stellen können, wäre aber Unsinn gewesen – und im Rathaus Zehlendorf. Das Rathaus Zehlendorf konnten wir weit besser nutzen, um den Menschen dort auch eine Versorgung zur Verfügung zu stellen.

Jetzt komme ich mal zu den Wünschen der Verwaltung, und ich glaube, Frau Senatorin oder auch Herr Staatssekretär, Sie können das nachfühlen und auch unterstützen: Wir müssen uns ehrlich machen, was notwendig ist für die Bezirke, aber auch für die Innenverwaltung und für die Feuerwehr, Polizei, Hilfsorganisationen, an Material und an Strukturen, um eine solche Situation zu bewältigen. Ich hoffe nicht, dass wir es mal mit einem Ausfall zu tun haben, bei dem 1 Million Menschen betroffen sind, aber 100 000 Betroffene sind schon wirklich genug, und da muss auch Geld in die Hand genommen werden, damit schneller von den Bezirken oder von den Behörden aus Hilfestellung geleistet werden kann.

Ich bin sehr froh, dass wir bereits am Mittwoch eine Sitzung mit der Innenverwaltung, Katastrophenschutzstellen haben, die eigentlich für Ende März geplant war. Da können wir dann noch mal die Einzelheiten genauer besprechen und unsere Erfahrungen und die Erfahrungen der Innenverwaltung und der anderen Krisenstäbe näher beleuchten. – Danke!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Frau Schellenberg! – Herr Dr. Landeck, möchten Sie direkt weitermachen? Sie hatten ja schon mal Stellung genommen; wenn Sie das erst am Schluss machen möchten, hätte ich auch Verständnis dafür. Ich stelle anheim, wie Sie das handhaben möchten. – Bitte, Sie haben das Wort!

Dr. Erik Landeck (Stromnetz Berlin GmbH): Vielen Dank! – Auch vielen Dank für die erneute Möglichkeit zur Stellungnahme, weil sich in den letzten zwei Wochen natürlich viel getan hat, und ich Sie nicht mit den gleichen Sachen noch mal informieren kann, sondern auch mit neuen Informationen versorge!

Als Stromnetz Berlin ist uns sehr bewusst, wie stark der Anschlag in Lichterfelde das Sicherheitsgefühl dieser Stadt verändert hat, auch nachhaltig verändert hat, und aus meinen vielen Gesprächen mit Netzbetreibern in Deutschland, mit den Branchenverbänden, mit der Bundesnetzagentur, mit dem Bundeswirtschaftsministerium kann ich Ihnen sagen: Das geht allen in Deutschland so. Bei ganz vielen Netzbetreibern, mit denen ich gesprochen habe, dominiert derzeit bei ihnen und bei den Gremien die Frage: Was wäre, wenn das bei uns passiert wäre, und wie sollen wir uns darauf vorbereiten? – Diese Frage darf aber nicht dahingehend falsch verstanden werden, dass man erst jetzt anfangen würde, sich vorzubereiten. Die Netzbetreiber, aber auch die Stromnetz Berlin waren in der Vergangenheit schon aufgrund der veränderten

Sicherheitslage dabei, ihre Schutzvorrichtungen, ihre Resilienzanforderungen zu verändern. Das ist schon deswegen notwendig, weil der Angriffssektor viel breiter ist als er vielleicht manchmal erscheint. Wir müssen auf Anlagenmanipulationen achten, auf unbefugte Zutritte, auf Sabotage, auf Cyberangriffe, auf bewusst oder unbewusst eingebrachte fehlerhafte Software, auf Brandanschläge, auf Explosionen; nur um den Sektor einmal so breit zu machen wie er auch tatsächlich ist. Darüber hinaus muss die kritische Infrastruktur auch gegen herkömmliche Fehler resilient sein: technisches Versagen, Alterung von Anlagen, Wetterereignisse, unachtsame Baggerführer und so weiter. All das ist erforderlich, und all das hat die Branche in den vergangenen Jahren intensiv gemacht, auch die Stromnetz. Was wir aber jetzt feststellen, ist: Wir müssen uns die Frage sehr ernsthaft stellen – und wir haben sie uns in den letzten Wochen erneut gestellt –, ob die bisherigen Schutz- und Resilienzkonzepte ausreichend sind.

Natürlich erfüllen wir alle gesetzlichen Vorschriften, egal, ob sie vom BSI, von der Bundesnetzagentur oder aus dem EnWG kommen. Aber es zeigt sich offensichtlich, dass diese Vorschriften, die heute da sind, nicht ausreichen. Ich komme jetzt zu der expliziten Frage von Herrn Dregger: Wir werden in Deutschland ein KRITIS-Dachgesetz bekommen. Es ist noch nicht da. In diesem KRITIS-Dachgesetz wird dann vorgesehen, dass es eine nationale Sicherheitsanalyse gibt, die vorgeschaltet wird, durchgeführt vom Bundesinnenministerium zusammen mit weiteren Behörden. Auf Basis dieser Risikoanalyse müssten dann anschließend die Betreiber der kritischen Infrastrukturen – das ist nicht nur Stromnetz, das sind auch ganz viele andere – ihre Analysen durchführen, was sie in ihrer kritischen Infrastruktur machen. Diese nationale Sicherheitsanalyse liegt nicht vor. Trotzdem hat die Stromnetz bereits in der letzten Woche unmittelbar nach dem technischen Bereinigen des Anschlags damit begonnen, ihre neuralgischen Punkte auf Basis einer eigenen Analyse der Sicherheitssituation erneut zu analysieren, die Kritikalität von neuralgischen Punkten erneut zu definieren, und damit einen neuen Katalog von neuralgischen Punkten aufgemacht. Wir haben zu jedem dieser neuralgischen Punkte Sofortmaßnahmen beschlossen; „Sofortmaßnahme“ heißt, innerhalb von 24 Stunden wirksam. Da ist das Zuschweißen von Eingängen, 24/7-Bewachung mit Personal und Weiteres dabei, was ich hier wegen der Geheimnisse, die damit verbunden sind, nicht ausführen möchte.

Wir haben in der letzten Woche mit dem LKA zusammen eine Vielzahl von Brücken begangen, haben zusammen mit den zuständigen Verwaltungen dort Sicherungsmaßnahmen erarbeitet. An ersten Brücken laufen in diesen Stunden bereits die Installationen von Sensor- und Videotechnik. Desgleichen haben wir bereits begonnen, an Strommasten weitere Videotechnik auszubauen. Auch hier steht seit dem Wochenende die erste Überwachung. In diesem Zusammenhang möchte ich mich ausdrücklich bei den Senatorinnen Frau Spranger und Frau Giffey bedanken, aber auch bei den vielen Verwaltungen, die unterstützt haben, insbesondere aber bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LKA, die mit uns in der letzten Woche bei Eiseskälte diese Brücken begangen und die entsprechenden Möglichkeiten für den physischen Schutz, aber auch für den Schutz mit Sensortechnik und mit Kameras mit uns zusammen erarbeitet haben. Das ist deshalb so wichtig, weil wir als Stromnetzbetreiber zwar viel Expertise im Bauen und Betreiben von Stromnetzen haben, aber in Terrorabwehr und in der Vorbereitung auf den Eingriff von feindlichen staatlichen Akteuren sind unsere Kompetenzen tatsächlich deutlich kleiner, und wir sind daher für die Unterstützung des LKA sehr dankbar.

Was ich hier auch herausheben möchte, ist: Wir haben durch die Ausrüstung mit unseren Umspannwerken – wir haben nicht mehr 144 Türme, wie beim letzten Mal, wir sind bis auf drei

Umspannwerke bereits durch, drei Umspannwerke fehlen noch – sehr viel mehr Meldungen als früher, dass ein Eindringen in das Vorfeld gesichtet wird. Ich möchte hier auch der Polizei sehr danken, dass sie in solchen Fällen immer und sofort zur Verfügung steht. Mit unseren privaten Wachdiensten können wir zwar feststellen, dass da etwas ist, aber alles Weitere gehört dann richtigerweise auch in die Verantwortung von anderen staatlichen Stellen. Hier sehen wir eine gute Zusammenarbeit mit uns, wenngleich mir auch klar ist, dass die zunehmende Anzahl von solchen Meldungen auch eine hohe Belastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an diesen Stellen ist.

Wird das, was wir machen, schon ausreichend sein? – Nein. Das war ein Ausblick dessen, was wir insgesamt machen. Ich möchte noch einen kleinen Blick darauf werfen, dass wir über das hinausgehen, was das KRITIS-Dachgesetz sagen wird. Normalerweise müssten wir als Stromnetzbetreiber nur bis zum Hausanschluss gehen, also bis dahin, wo unser Kabel dann im Haus verschwindet. Wir werden etwas mehr machen. Wir werden in diesem Jahr eine Reihe aufsetzen, um mit Kundinnen und Kunden, sowohl der großen Spannungsebene als auch der kleinen Spannungsebene, in das Gespräch zu kommen, wie sie ihre Resilienz bei sich zu Hause, in ihren Kundenanlagen stärken können. Das wird mit Webinaren, mit Direktansprachen, mit Veranstaltungen gemacht. Uns ist es ein Anliegen, dass wir diese Resilienzaktivitäten dorthin bringen, wo sie hinmüssen, nämlich in die gesamte Gesellschaft. Resilienz ist eine Gemeinschaftsaufgabe, und wir als Stromnetz Berlin werden unseren Teil dazu beitragen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Dr. Landeck! – Bitte, Herr Graf, Sie haben das Wort!

Staatssekretär Florian Graf (CdS): Schönen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich darf mich erst einmal herzlich für die Einladung in den Innenausschuss zu dieser Besprechung hier bedanken! Es sind ja mehrere Besprechungen, die von den Fraktionen beantragt worden sind, und das ist ja auch deutlich, weil es sich naturgemäß bei dem Anschlag in Steglitz-Zehlendorf tatsächlich um eine Zäsur handelt; eine Zäsur, die sicherlich auch noch mal verdeutlicht hat, was Herr Landeck eben ausgeführt hat: dass wir veränderten Bedrohungslagen, bestehenden Schutzbedürfnissen der kritischen Infrastruktur, aber auch einer gewachsenen Bedeutung von Resilienz gegenüberstehen. Zum anderen will ich an der Stelle noch mal festhalten, weil ja auch nach Lehren und Ähnlichem gefragt wurde – da werde ich gleich noch mal etwas weiter ausholen können –, dass aus unserer Sicht, der der Senatskanzlei, das Krisenmanagement funktioniert hat, denn die Krisenstäbe waren schnell im Einsatz, und die Krise konnte behoben werden – schneller, als man das in den ersten Tagen prognostiziert hat. Das ist vor allem der Einsatzbereitschaft ganz vieler Katastrophenschutzkräfte, der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, aber auch der Bevölkerung und deren Zusammenhalt zu verdanken, und an der Stelle möchte ich noch mal meinen Dank für die Senatskanzlei aussprechen.

Jetzt ist es trotzdem so, dass hier nach Lehren, Rollen und Ähnlichem gefragt worden ist, und natürlich muss trotz der erfolgreichen Bewältigung der Lage jetzt ehrlich analysiert werden, wo wir besser werden müssen, wo wir schneller werden müssen. Dabei kommt es ganz sicher nicht auf Schnellschüsse, sondern auf die richtigen Schlüsse an, die man ziehen muss. Das hat der Senat auch sofort getan, indem er nämlich den Fokus darauf gelegt hat, wie jetzt die Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind. Herr Landeck hat ja ein Beispiel angesprochen, das

eigentlich unmittelbar während der Diskussion im ressortübergreifenden Krisenstab eine Rolle gespielt hat, nämlich zur Frage der Vulnerabilität des Stromnetzes – gibt es noch weitere Punkte? –, und er hat auch deutlich gemacht, wie schnell die zuständigen Fachressorts in Abstimmung mit dem Regierenden Bürgermeister hier mit der Stromnetz zu Lösungen gekommen sind. Das war auch in Zusammenhang mit der Polizei, mit Sicherheitsdiensten, mit der Stromnetz eine ganz enge Abstimmung, die es im Senat zu solchen Themen gab. Schon während man eigentlich an der Behebung der einen Situation in Steglitz-Zehlendorf war, hat man gesagt, wie man da jetzt im Einzelnen ganz konkret rangeht, falls es zu weiteren Anschlägen oder ähnlichen Situationen kommen sollte.

Der Senat wird nicht nur sofort, sondern hat bereits begonnen, den Fokus darauf zu legen, welche Maßnahmen zum Ausbau des Schutzes der kritischen Infrastrukturen erforderlich sind, was die Vorsorgeaufgaben im Katastrophenschutz betrifft, aber auch die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung. Auch das ist angesprochen worden, und dazu wird es morgen eine Beratung geben. Der Regierende Bürgermeister hatte ja auch in seiner Regierungserklärung angekündigt, dass wir morgen auf Vorlage des Regierenden und der Innensenatorin im Senat eine umfangreiche Analyse aller Krisenstäbe haben werden, die hier mitgewirkt haben, und darüber hinaus einen Blick darauf, was aus deren Sicht an Maßnahmen erforderlich ist, auch an Maßnahmen, die sich ressortübergreifend ergeben. Sie können ganz sicher sein, Herr Bertram, dass das ein regelmäßiger Punkt in den nächsten Wochen und Monaten sein wird, weil jetzt nachzuhalten ist, dass man diese Schlussfolgerungen sehr konkret erarbeitet und dann auch umsetzt und dann sicherlich auch in Abstimmung mit dem Abgeordnetenhaus ins Gespräch geht. Die Senatorin für Inneres hat ja an der Stelle auf die AG der Koalitionsfraktionen hingewiesen, wir greifen aber natürlich auch auf die Erfahrungen zurück, die die Krisenstäbe in den Ressorts machen. Deshalb ist mir noch mal sehr wichtig zu betonen, dass die Stärkung der Resilienz eine Gesamtverantwortung des Senats ist und ein geschlossenes Handeln erforderlich macht, weil am Ende auch die Verfassungslage so ist, denn es gibt Fachressorts, die als Katastrophenschutzbehörden fachliche Tätigkeiten haben, die sie ausüben. Herr Bertram hat einige Punkte angesprochen, die stehen auf der To-do-Liste, das ist das Thema der vulnerablen Gruppen, das von SenASGIVA in Zusammenarbeit mit dem Innenressort zu bearbeiten ist, oder wenn es um die Fragen der Notversorgung im Energiebereich geht; dazu kann sicherlich auch Kollege Biel etwas sagen.

Insgesamt leiten den Senat bei seinem Vorgehen fünf Handlungsfelder. Das sind viel mehr als Überschriften, weil man daran jetzt im Prozess wirklich sehr konkrete Punkte runterdekliniert kann, und die muss man mit einer Zeitschiene versehen; Sie haben ja gefragt, wie wir jetzt vorgehen. Es ist die Aufgabe der Senatskanzlei, ressortübergreifend Aufträge zur Analyse zu geben, dann schauen wir uns das an, und dann kommen wir zusammen: Welche Punkte gibt es, und welche Zeitleisten legen wir dahinter? Fünf Handlungsfelder sind es, denen man eigentlich alles unterordnen kann. Das ist einmal der Schutz der kritischen Infrastruktur, die Sicherung und Stärkung der Basisversorgung, dann ist es die Verbesserung des Katastrophenschutzes, dann sicherlich auch – und das ist hier auch schon im Bereich des Verfassungsschutzes erörtert worden – Ausstattung und Befugnisse der Sicherheitsbehörden, Stärkung des Verfassungsschutzes, dann die klare Finanzierung – das ist ein Punkt, den wir uns auch noch mal miteinander ansehen müssen –, und dann auch der wichtige Punkt Resilienz der Bevölkerung, die Stärkung der Selbsthilfefähigkeit, auch die Sensibilisierung dafür, dass Bedrohungslagen alltäglicher werden können, als sie das in der Vergangenheit waren, und dass sie auch vielfältiger Natur sein können. Die Bedrohung von morgen kann eine ganz andere sein als die

von gestern, und deswegen muss man an der Stelle resilienter werden. In diese Überlegungen werden wir auch Experten mit einbeziehen. Das ist schon ein Mehrklang: der Senat mit den Ressorts, die Bezirke, die Experten und das Abgeordnetenhaus.

Frau Kapek hat nach dem Katastrophenschutzgesetz gefragt. Ich gehe davon aus, dass Sie meinten, ob es zu einer Änderung des Katastrophenschutzgesetzes kommt. Da hat die Innenministerin ja schon gesagt, auch das schauen wir uns in diesem Prozess an: Braucht es an der einen oder anderen Stelle Schärfungen? – Das ist jetzt seit 2021 in Kraft, und jetzt bin ich als CdS hier in einem Fachausschuss, und wenn man an das Katastrophenschutzgesetz ginge, muss man auch sehr fachlich, glaube ich, werden, wenn man sich das im Einzelnen ansieht. Ich glaube nicht, dass die Beratung jetzt der richtige Punkt dazu ist, meine Beantwortung der Fragen, aber vieles ist im Katastrophenschutzgesetz auch tatsächlich geklärt. Vielleicht ist es so, dass manchmal durch unterschiedliche Bezeichnungen in den Medien – Sie hatten das angesprochen – diese Klarheit, die das Gesetz vorgibt, nicht rüberkommt. Ich will noch mal deutlich machen, wo die Verantwortlichkeiten liegen: Klar ist erst einmal, im Senat liegt die Fachverantwortung im Innenressort. Bei der Ausrufung der Großschadenslage ist nach dem Katastrophenschutzgesetz auch das Innenressort dafür zuständig, und die Großschadenslage wird auch ausgerufen nach einer Lagebeurteilung, die dort vorliegt. Das ist im Übrigen in den allermeisten Bundesländern so.

Ich habe es übrigens so wahrgenommen – weil über das Zusammenwirken der Stäbe gesprochen worden ist –, dass auch bereits bevor die Großschadenslage förmlich ausgerufen worden ist, es doch schon weitreichende ressortübergreifende Führungsstrukturen gab – das kann sicherlich Kollege Hochgrebe noch besser darlegen –, die gegriffen und die das Ganze vorbereitet haben. Selbstverständlich – diese Ausrufung der Großschadenslage war erstmals – werden wir uns auch ganz nüchtern und sachorientiert anschauen, ob es da Schärfungen oder Veränderungen braucht, aber da würde ich mich am heutigen Tag nicht so festlegen, sondern das muss man sich in Ruhe anschauen.

Dann ist die Arbeit der Krisenstäbe angesprochen worden. Mit der Ausrufung der Großschadenslage gab es ein ressortübergreifendes Entscheidungsgremium. Diesen Begriff werden Sie in der Öffentlichkeit so nie gelesen haben, aber das ist eigentlich das strategische Entscheidungsgremium, wo die Hausleitungen der Katastrophenschutzbehörden, der Senatskanzlei zusammen sind. Das ist das Gremium, das täglich morgens getagt hat. Darüber hinaus gab es einen ressortübergreifenden Krisenstab, den Kollege Hochgrebe geleitet hat – der wurde dann Verwaltungsstab genannt –, wo die Fachebenen der Katastrophenschutzbehörden sich in Vorbereitung auf das Entscheidungsgremium getroffen haben, aber auch die Themen abgearbeitet haben, die man verabredet hat. Dann ist es so, dass auch wir als Senatskanzlei in beiden Bereichen mit Verbindungsleuten natürlich vertreten waren, beim Entscheidungsgremium mit dem Regierenden Bürgermeister, mir, der Sprecherin des Senats; und die Fachebenen bei dem anderen, so, wie andere Institutionen auch ihre Fachebenen haben. Ich will nur mal beispielhaft darstellen, dass die Rollen im Katastrophenschutzgesetz eigentlich sehr klar dargelegt sind und dass sie auch funktioniert haben, weil auch die Krisenstäbe in den einzelnen Katastrophenschutzressorts sich ja auch sehr frühzeitig konstituiert haben und dann in diesem ressortübergreifenden Wirken dann ihr formales Gremium hatten, in dem sie dann arbeiteten.

Ein Punkt, der angesprochen wurde und den man ansprechen muss, ist mir noch wichtig: Wenn immer die Frage kommt: Beschäftigt ihr euch eigentlich erst nach Krisen damit, etwas in dem Bereich zu tun? –, dann muss man sagen, die Fakten sind andere. Denn am 1. Januar 2025 wurde das Kompetenzzentrum für Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement bei der Senatsinnenverwaltung eingerichtet, eine Koordinierungsstelle für alle 37 Katastrophenschutzbehörden, 24 zusätzliche Stellen. Insofern ist das, sage ich mal, die Einheit, die beim Aufbau der Katastrophenschutzbehörden hilft, insbesondere in den Bezirken. Es ist ja schon deutlich geworden, dass Kollege Hochgrebe da sehr intensiv mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern den Dialog gesucht hat. Diese Unterstützung wird sicherlich auch ein Thema sein, wo wir noch einmal miteinander im gegenseitigen Dialog abstimmen müssen: Wie statet man das am besten aus? Frau Bezirksbürgermeisterin Schellenberg hat die Stärkung der Bezirke angesprochen, und das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt: dass die Bezirke beim Aufbau ihrer Grundstrukturen noch stärker unterstützt werden müssen. Das haben wir auch als Lehre aus dieser Lage in Steglitz-Zehlendorf mitgenommen. Da wird das KBK sicherlich eine besondere Rolle einnehmen müssen, denn dort sind ja einige Themen zu tun bearbeiten. Das betrifft die Fertigstellung der Katastrophenschutzpläne, die Aufstellung der Krisenstäbe, das Einrichten und Vorhalten von Katastrophenschutz-Leuchttürmen – auch das hat Frau Bezirksbürgermeisterin schon angesprochen – sowie, sage ich mal, wie man das Unterstützungspersonal in Krisenlagen bereitstellt. Das ist ja auch ein Punkt gewesen. Der Doppelhaushalt gibt darauf eine Antwort mit zwei zusätzlichen Stellen. Wir sehen uns gemeinsam an, ob dort mehr Finanzmittel notwendig sind. Das beantworten wir aber am Ende der Analyse, nicht am Anfang.

Die finanzielle Ausstattung des Katastrophenschutzes auf Landes- und Bundesebene ist auch insgesamt angesprochen worden. Da will ich zum einen darauf hinweisen, dass schon mit dem Doppelhaushalt 2024/2025 die Mittel für den Katastrophenschutz versechsfacht wurden, dass es jetzt im Doppelhaushalt 2026/2027 pro Bezirk diese zwei zusätzlichen Stellen gab, dass Sachmittel erhöht wurden. Wenn das nicht ausreichend ist, wird auch das ein Ergebnis der Beratungen sein. Wenn es notwendig ist, muss man dort weitere Finanzmittel zur Verfügung stellen – das sagte ich ja gerade –, das steht dann aber am Ende der Debatte und nicht am Anfang. Was den Bund betrifft, müssen wir sehen, dass wir den Pakt für Bevölkerungsschutz, die 50 Millionen Euro, die Berlin nach Königsteiner Schlüssel hat, nutzen. Wir müssen auch schauen, ob das Sondervermögen des Bundes uns Möglichkeiten für zusätzliche Mittel gibt; ich rede jetzt nicht über den Landesteil, der Sie hier auch sehr intensiv bei den Haushaltsberatungen und auch in Zukunft beschäftigt, sondern den Teil, den der Bund auch zu diesen Sicherheitsfragen gemacht hat.

Was auch eine ganz wichtige Schlussfolgerung für den Senat ist, ist, dass wir anregen wollen, einschlägige bundesgesetzliche Regelungen zu ändern; anders können wir das ja nicht formulieren in dem Punkt. Das KRITIS-Dachgesetz spielt dabei aber eine ganz zentrale Rolle für uns. Wir haben bereits alle Ressorts beauftragt, uns mitzuteilen, zu sehen, wo es Veränderungsbedarf beim KRITIS-Dachgesetz gibt, weil wir als Senat oder als Land Berlin doch jetzt diesen Anschlag nutzen müssen, um die Situation in die Debatte im Bund zum KRITIS-Dachgesetz einzubringen. Der Regierende Bürgermeister hat sich bereits am 12. Januar mit dem Chef des Bundeskanzleramts konkret zu der Frage getroffen und ausgetauscht. Ein Learning, Herr Bertram, ist ganz sicher die Frage der Mobilfunkversorgung, und er hat bereits auch beim Chef BK dort adressiert, dass man im KRITIS-Dachgesetz die Ausnahmen schärfen muss, dass die Versorgung mit Mobilfunk in einer solchen Lage existenziell ist. Um diese

Fragen geht es. Das ist eine ganze Reihe von Themen, die jetzt da auch noch mal eingebracht werden müssen. Der Bundestag berät das zurzeit. Das beginnt bei der scharfen Definition des KRITIS-Begriffs und endet bei Themen von Redundanzen und Kaskadensicherheiten, Betreiberpflichten et cetera. Aber dieses Mobilfunk Thema ist ganz entscheidend und ein sehr konkretes Thema aus Berlin, aus einer Krise, das man beim KRITIS-Dachgesetz jetzt so ausgestalten muss, dass das in Zukunft so nicht mehr stattfindet. – Herzlichen Dank erst mal für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank für diese Ausführungen! – Dann kommen wir zu Herrn Staatssekretär Biel. – Bitte, Sie haben das Wort!

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich mache es ganz kurz, das allermeiste ist gesagt. Ich wollte noch mal grundsätzlich sagen: Trotz der großen Herausforderungen, die in wenigen Tagen dort geschultert wurden, und den Aufgaben und Hausaufgaben, die wir daraus in den nächsten Wochen und Monaten alle miteinander zu bewältigen haben, ist die Versorgungssicherheit, die Versorgung mit Energie im Land Berlin absolut gegeben. Auch im Bundesvergleich muss sich Berlin da überhaupt nicht verstecken. Hier ist ja schon angeklungen – Herr Landeck hat das, glaube ich, gesagt –, dass viele andere Regionen, eigentlich alle, die gleichen Aufgaben und Herausforderungen haben, wie wir jetzt gerade hier erlebt haben.

Ich möchte, damit wir uns hier nicht doppeln, ein paar Punkte nennen, die noch nicht angesprochen wurden. Noch einmal zu der Aussage zu dem 1 Prozent: Ja, 1 Prozent klingt nicht nach viel; in der Kilometerlänge dann doch. Aber uns ist wichtig, dass sich das insbesondere auf wenige – im zweistelligen Bereich – bezogene neuralgische Punkte in der Stadt bezieht, damit man ein kleines Gefühl dafür bekommt, dass das nicht großflächig ist.

Der Senat hat nach dem Vorfall in Treptow-Köpenick natürlich gehandelt. Wir haben das Resilienzkonzept auf den Weg gebracht, im Herbst 2025 verabschiedet. Das war mit die Grundlage dafür, dass die Kommunikations- und Informationswege, die Abstimmungen, die jetzt bei diesem Vorfall unternommen wurden, funktionierten. Das möchte ich an dieser Stelle als zweite wichtige Aussage auch noch mal betonen: dass die Meldewege – ich war persönlich auch selbst Teil, ich bin im ständigen Austausch mit unserem Katastrophenschutzbeauftragten dann Krisenstabsleiter gewesen, bei uns in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe –, die Kommunikations- und Informationswege zwischen den einzelnen Strukturen, Institutionen und Unternehmen gut funktioniert haben. Man kann immer besser werden, gar keine Frage, aber das ist einmal wichtig zu betonen. Hier wusste jeder, was zu tun ist und wer wie zu informieren ist.

Ich möchte an der Stelle – das wissen viele gar nicht – noch einmal betonen, wie viele sich auch aus der Wirtschaft gemeldet haben, um zu fragen: Können wir irgendwie helfen? – Das Thema Hotellerie ist bekannt, aber es gab viele darüber hinaus, die gesagt haben: Sagt uns, wo wir hinkommen sollen. Wir schmieren Stullen, wir stellen Decken zur Verfügung, sagt Bescheid, wenn Hilfe vonnöten ist, und transportiert das auch in den Bezirk. – Das haben wir natürlich gemacht. Auch da haben wir einmal mehr gemerkt, dass die ehrenamtlichen Strukturen in dieser Stadt hervorragend funktionieren. Wenn man sich gegenseitig unterstützen muss, unterstützt man sich. Das hat auch diesen Widerhall aus der Wirtschaft gegeben.

Aus unserer fachlichen Seite – Herr Landeck hat schon viel zum Thema Strom gesagt, das möchte ich an der Stelle nicht wiederholen –, was das Thema Härtung und Sofortmaßnahmen angeht: Da wird es weitergehen. Die Investitionsmittel dafür stehen ja zur Verfügung, auch in den nächsten beiden Jahren des Doppelhaushalts 2026/2027. Wir müssen, weil das Thema gerade zuletzt angesprochen wurde, Mobilfunk noch mal ganz konzentriert, fokussiert anschauen. Parallel zu uns tagt gerade der Beirat der Bundesnetzagentur. Da werden wir das Thema auch noch mal durch Herrn Dr. Fischer adressieren. Wir können davon ausgehen, dass das Telekommunikationsgesetz an dieser Stelle noch mal angepasst werden muss, weil es eine Vorgabe geben sollte, dass Telekommunikationsunternehmen natürlich auch in so einer Krisensituation vorbereitet sind und auf einen Stromausfall reagieren können, schneller reagieren können. Wichtig an der Stelle ist: Auch dafür gibt es die sogenannten Katastrophenschutz-Leuchttürme. Die sollen unter anderem ja auch die Nutzung von Mobilfunk, also das Aufladen von Handys und vieles andere mehr ermöglichen.

Wir sind froh und dankbar, dass es die Koordinierungsstelle bei der Innenverwaltung zum Thema kritische Infrastrukturen gibt. Danach wurde ja auch gefragt: Diskutieren und reden die Betriebe unter anderem miteinander? – Auch das passiert, nicht nur in dieser Struktur. Wir sind natürlich als Betriebsverwaltung, was die Landeseigenen angeht, aber auch über die Kontakte, die wir in die private Wirtschaft haben, auch über Berlin Partner und die bezirklichen Wirtschaftsförderungen – die möchte ich an dieser Stelle auch noch mal betonen – im intensiven Austausch. Es wird auch um die Frage gehen, ob es möglicherweise Notwendigkeiten in Sachen von Entschädigungen gibt, nicht nur was Privathaushalte angeht, sondern auch Unternehmen. Es waren 2 200 Gewerbebetriebe von diesem Anschlag, von dem Stromausfall betroffen.

Herr Graf hat es ja gerade angekündigt, morgen wird der Senat sich auch noch mal intensiv mit den Fragen der Bilanz und der Maßnahmen, die aus dieser Großschadenslage heraus entstanden sind, und Notwendigkeiten befassen. Zu Ostern werden wir uns mit den Ergebnissen dann noch mal auseinandersetzen. Herr Landeck hat ja gerade betont, was schon alles passiert ist.

Ein letzter Punkt meinerseits: Es sind nicht nur die Privathaushalte. Natürlich müssen sich auch die wirtschaftlichen Unternehmen in dieser Stadt mit den Fragen der Resilienz noch stärker auseinandersetzen. Nicht nur die Endverbraucherinnen und Endverbraucher zu Hause, sondern auch die Privatunternehmen. Da passiert schon eine ganze Menge, aber ich glaube, in der öffentlichen Wahrnehmung ist das Thema nicht das Thema Nummer 1. Da kann man vielleicht auch sagen, Gott sei Dank, aber es ist notwendig, auf diese Situation vorbereitet zu sein, insbesondere dann, wenn es um Produktionsausfälle geht. Auch da sind wir natürlich im intensiven Austausch. Auch über Berlin Partner gibt es eine gute Abdeckung, was die Kommunikation mit den Unternehmen angeht. – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank für diese Ausführungen! – Herr Dr. Groba, wollen Sie noch ergänzen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zum Leiter der Abteilung II, Leiter des Verfassungsschutzes. – Herr Fischer, Sie haben das Wort!

Michael Fischer (SenInnSport): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich beantworte die Frage von Herrn Abgeordneten Weiß. – Herr Weiß, ich hatte Ihnen ja gerade vorgetragen, wer alles an der Konferenz am Wochenende teilgenommen hat. Ich kann das gerne hier noch mal wie-

derholen: Wir haben in diesem Inter Bündnis Berlin einerseits das Vereinigte Palästinensische Nationalkomitee und BDS, wir haben aber auch die DKP und die Gruppe Arbeiter:innenmacht als Beispiel. Das heißt, wir haben es hier zu tun mit auslandsbezogenen Linksextremistinnen und Linksextremisten und inlandsbezogenen Linksextremistinnen und Linksextremisten. Oder – ich kann es auch anders ausdrücken –: Der Linksextremismus in Berlin ist in den letzten fünf Jahren wesentlich internationalistischer geworden. Dem müssen wir natürlich auch irgendwo Rechnung tragen. Das sehen Sie übrigens auch, wenn Sie sich die Organisation und Durchführung des 1. Mai in Berlin angucken. Das gilt auch für das gewaltbereite Spektrum des Linksextremismus in Berlin und dessen Verbindungen ins Ausland. Das können Sie auch nicht beobachten, ohne dass Sie sich die auslandsbezogenen linksextremistischen Andockpunkte angucken.

Insofern ist durch die Maßnahme, die ich da getroffen habe, die Bearbeitung des Linksextremismus durch die Verfassungsschutzbehörde in Berlin, durch die Abteilung II, gestärkt worden und zwar deutlich gestärkt worden, weil wir jetzt schnittstellenarm arbeiten können. Was heißt das? Das ist ja so ein Behördenbuzzword irgendwie. – Dieses Phänomen, das wir vor uns sehen, muss ganzheitlich bearbeitet werden, also aus einer Hand, sonst fällt da irgendwas durchs Rost. Dem haben wir entgegengewirkt. Man ist immer gut beraten, sich als Verfassungsschutzbehörde gerade auch nach solch einem Anschlagsgeschehen zu hinterfragen, ob das denn alles richtig ist oder nicht. Aber wir haben eigentlich bisher nur sehr gute Erfahrungen mit dieser Zusammenführung gemacht. Wir sehen auch, wir sind gar nicht alleine; auch das Bundesamt für Verfassungsschutz hat keine eigene Abteilung für Linksextremismus. Die bearbeiten das auch im Verbund mit anderen Phänomenbereichen. Insofern sind wir da nicht alleine doof, wenn Sie so wollen, sondern eigentlich sehr intelligent und sehr schlau. Wir verstehen uns nämlich als sehr agilen und intelligent arbeitenden Verfassungsschutz, der versucht – und das ist uns in vielfacher Hinsicht auch in der Vergangenheit gelungen –, auf aktuelle Entwicklungen in Berlin auch kurzfristig reagieren zu können. Genau das haben wir an dieser Stelle gemacht.

Wenn ich das noch mit einer ganz leichten Polemik sagen darf: Nach meiner Erfahrung haben symbolische Handlungen wie das Bestehenlassen von Organisationseinheiten auch noch keinen Anschlag verhindert. Das heißt, wir tun das, was erforderlich ist, und wir bearbeiten Phänomene so, wie es sachgerecht ist, gründlich und mit hoher auswerterischer Expertise. Insofern darf ich noch mal wiederholen: Es ist eine Stärkung erfolgt durch die Zusammenlegung der beiden Arbeitsbereiche, und die Erfahrungen sind im Augenblick sehr positiv. Das habe ich ja auch in der Presse schon so gesagt, und das ist, glaube ich, erst mal der Weg in die richtige Richtung.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Fischer! – Herr Staatssekretär, bitte, Sie haben das Wort!

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mit Blick auf die Uhr werde ich versuchen, mich einigermaßen kurz zu fassen, habe jedoch vier Punkte, die ich gerne hier auch noch einmal kurz unterstreichen möchte; vieles ist ja von den unterschiedlichen Beteiligten schon völlig zutreffend artikuliert worden. Ich möchte mich, da ich mich persönlich zu diesem Thema noch gar nicht im Innenausschuss äußern konnte – Frau Senatorin hat das ja wahrgenommen –, auch noch einmal ganz persönlich und sehr herzlich bei allen Beteiligten bedanken für die ausgespro-

chen gute, enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit bei der Bewältigung dieser Krise. Das war für uns alle eine sehr herausfordernde Zeit, und deswegen möchte ich das auch noch mal mit einem ganz besonderen Dank verbinden. Um nur – wirklich sehr gegriffen – eine Person einmal herauszustellen, sehr herzlichen Dank an den Katastrophenschutzbeauftragten des Bezirks Steglitz-Zehlendorf, Herrn Haberecht, der mit großer Leidenschaft und großem persönlichen Einsatz auch vor Ort die Lage bewältigt hat!

Was jetzt schon vielfach zutreffend geäußert worden ist – auch das möchte ich gerne noch mal unterstreichen –, ist, dass wir uns in einem Themenfeld bewegen, wo es ein Erfordernis gibt, Resilienz gesamtheitlich zu denken. Das haben jetzt viele schon gesagt, auch das möchte ich noch einmal gerne unterstreichen. Es ist ein gesamtgesellschaftliches Thema, und deswegen brauchen wir die örtliche Zuständigkeit des Bezirkes an einer solchen Großschadenslage oder in einem Katastrophenfall. Wie auch immer das Ausmaß einer solchen Situation dann ist, wir brauchen gleichwohl die fachliche Zuständigkeit derjenigen, die fachlich für die Bewältigung der jeweiligen Krisen oder Großschadenslage erforderlich sind. Und wir müssen insbesondere auch das Thema eigene Resilienz fördern – das hat Herr Kollege Staatssekretär Biel schon völlig zutreffend ausgeführt –, sowohl bei den Wirtschaftsunternehmen in ihren jeweiligen fachlichen Sektoren als auch bei der Privatbevölkerung. Das möchte ich gerne noch einmal unterstreichen.

Ein Punkt vielleicht noch vorab, weil auch das angesprochen worden ist: Selbstverständlich, Herr Abgeordneter Weiß, werden alle Lagen immer im Nachhinein ausgewertet. Das haben wir im letzten Jahr nach dem Anschlag auf das Stromnetz getan, das machen wir auch in diesem Jahr selbstverständlich wieder. Es ist bei Polizei und Feuerwehr sowieso geübte Praxis, dass Einsätze nachbereitet werden, und so tun wir das dann entsprechend auch in einer solchen Situation. Der CdS hat ja eben schon ausgeführt, dass der Senat morgen im Rahmen einer Besprechungsunterlage einen ersten Aufschlag zu einer Analyse machen wird und hier Punkte zusammengetragen werden, die aus Sicht der jeweiligen sektoralen Zuständigkeit, der jeweiligen fachlichen Zuständigkeit dann zusammengetragen und selbstverständlich dann auch im Weiteren nachgeschärft und weiter zusammengetragen werden. Das ist der Anfang der Analyse, die selbstverständlich gründlich – und da geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit – auch auf Seiten des Senats durchgeführt wird. Aber das machen dann alle in ihrer jeweiligen Fachlichkeit und wir in der Zuständigkeit für die für das KBK.

Ich habe mich sehr gefreut, Frau Bezirksbürgermeisterin Schellenberg, über Ihre lobenden Worte, was die Zusammenarbeit, die gemeinsame Zusammenarbeit auch in der Woche betrifft. Das ist erfreulicherweise etwas anders, als Sie sich in den letzten Tagen medial eingelassen haben. Ich danke Ihnen für diese Klarstellung, dass das sehr gut funktioniert hat. Gleichwohl, und das hatte ich eben schon betont, sind natürlich die Bezirke auch in der örtlichen Verantwortung, und da müssen wir sie weiter stärken. Da müssen wir gemeinsam im Senat die Bezirke weiter stärken, sowohl was die persönlichen als auch die sonstigen Voraussetzungen betrifft. So ist es beispielsweise aus meiner festen Überzeugung nicht in das Belieben eines Bezirkes zu stellen, ob er die Katastrophenschutz-Leuchttürme errichtet, die der Senat ihm finanziert hat. Das muss jeder Bezirk machen. Einige Bezirke können das schon sehr gut; Steglitz-Zehlendorf gehört leider nicht dazu. Da werden wir aber sicher einen gemeinsamen Weg finden, auch mit den übrigen Katastrophenschutzbeauftragten in den Bezirken, die das bisher noch nicht geschafft haben, da jetzt wirklich sehr schnell voranzukommen. Die ersten Termine haben wir bereits terminiert – das wurde schon angesprochen –, und inso-

fern wird das mit Sicherheit ein konstruktiver und fruchtbarer gemeinsamer weiterer Weg. – Vielen Dank!

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Jetzt habe ich einen Antrag zur Geschäftsordnung angekündigt bekommen. – Herr Abgeordneter Matz, Sie haben das Wort!

Martin Matz (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich stehe unter anderem selber noch auf der Redeliste zu diesem Tagesordnungspunkt wie wahrscheinlich aus jeder Fraktion noch mindestens ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete. Dennoch ist es so, dass, glaube ich, heute die Erwartungshaltung auch aus der Öffentlichkeit heraus ist, dass wir den angekündigten Besprechungspunkt zu Hertha BSC durchführen und dass er nicht dem Zeitablauf anheimfällt. Deswegen beantrage ich, dass wir diesen Punkt hier jetzt vertagen, da wir uns sowieso mit dem Katastrophenschutz und den Konsequenzen aus dem Stromanschlag noch auseinandersetzen müssen, spätestens dann, wenn aus der AG Resilienz der Koalitionsfraktionen und aus dem Senat entsprechende Vorschläge kommen, die das Parlament dann auch wiederum zu besprechen hat. Insoweit beantrage ich, den Punkt jetzt nicht zuzumachen, sondern ihn zu vertagen und zum nächsten Tagesordnungspunkt überzugehen.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Matz! – Ich habe jetzt Wortmeldungen hierzu von Frau Abgeordneter Kapek und Herrn Abgeordnetem Franco. Oder nur von Frau Abgeordneter Kapek? Dann müssen Sie sich jetzt entscheiden. – Bitte, Herr Abgeordneter Franco, Sie haben das Wort!

Vasili Franco (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Unsere Sitzungsplanung oder die Sitzungsdurchführung heute ist etwas chaotisch, das stimmt. Gleichzeitig war ja durchaus absehbar, dass wir hier noch viel Besprechungsbedarf haben. Ich empfinde es natürlich als unglücklich, dass zum Beispiel die Polizeiführerin und Herr Goldack hier sind und wir das jetzt wahrscheinlich an der Stelle nicht mehr schaffen. Wir hatten heute Morgen bei den Besonderen Vorkommnissen ja zumindest die Gelegenheit, und auch da hat sich der Senat schon geäußert. Aber der entscheidende Punkt ist doch, wenn wir hier eine Besprechung durchführen wollen und nicht mal die Sportsenatorin anwesend ist und auch nicht die Sportstaatssekretärin, sondern nur der Innenstaatssekretär, dann diskutieren wir ein bisschen am Thema vorbei. Wir schlagen vor, dass man das Ganze im nächsten Sportausschuss noch einmal aufrufen kann und aufrufen soll. Aber Ihnen ist doch auch klar – und zwar allen hier –, dass wir jetzt nicht innerhalb von einer Stunde tatsächlich all die offenen Fragen, die es auch im Umgang mit den Eskalationen beim Spiel Hertha gegen Schalke gab, schaffen würden. Deshalb würden wir bitten, auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass wir hier zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter genau für diesen Tagesordnungspunkt eingeladen haben, die sich jetzt einmal geäußert haben – es konnten noch nicht mal alle Fragen stellen, die jetzt beantwortet werden könnten –, dass wir uns hier als Innenausschuss mit der gebotenen Sorgfalt damit beschäftigen. Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Lassen Sie uns deshalb bitte heute diesen Tagesordnungspunkt abschließen und gerne die Sitzung bis 12.30 Uhr verlängern.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Franco! Die Behauptung, dass das hier chaotisch sei in der Durchführung, weise ich zurück. Ich glaube, diesen Eindruck haben Sie auch recht exklusiv. – An dieser Stelle habe ich aber noch eine Wortmel-

derung von Herrn Abgeordneten Schrader, die ich aufrufen möchte. Ansonsten müssen wir das dann eben gleich abstimmen. – Herr Abgeordneter Schrader, bitte, Sie haben das Wort!

Niklas Schrader (LINKE): Ich möchte auch gegen die Vertagung beziehungsweise gegen den Abbruch dieser Diskussion sprechen. Ich hätte durchaus noch Fragen und Anmerkungen zu dem Thema Stromausfall. Dafür, finde ich, muss man jetzt nicht darauf warten, bis die Koalition ihre Arbeit weiterentwickelt hat, sondern die sind jetzt wichtig. Das fände ich schade. Wir hatten jetzt wieder sehr lange Antworten und Vorträge und sehr wenig Gelegenheiten der Abgeordneten, hier auch selber Stellung zu nehmen. Dass wir jetzt soweit in der Zeit sind, liegt unter anderem auch an dem TOP Besondere Vorkommnisse. Da möchte ich noch mal ganz klar sagen, hier geht es um kurze, prägnante Antworten des Senats und nicht um eine Vortragsreihe, zu der wir mehr als eine Stunde brauchen. Wir als Ausschuss und dementsprechend natürlich auch der Vorsitzende sind dafür verantwortlich, das entsprechend zu begrenzen, damit hier noch Zeit ist für Diskussionen der anderen Tagesordnungspunkte. Und drittens möchte ich noch an meinen Geschäftsordnungsantrag zum Wortprotokoll erinnern, über den der Ausschuss noch nicht befunden hat. Ich möchte da noch kurz einen draufsetzen und sozusagen mit beantragen, dass wenn der Ausschuss das beschließen sollte, das dann auch prioritär behandelt werden kann, damit wir das möglichst schnell nachbereiten können.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schrader! An dieser Stelle darf ich Sie aber darauf hinweisen, dass der Ausschuss Einvernehmen an diesem Punkt hergestellt hat. Das ist Ihnen möglicherweise entgangen, aber das ist an der Stelle nicht schädlich, denn wir haben es ja getan. Die Dringlichkeit nehmen wir zur Kenntnis, natürlich, das ist überhaupt kein Thema, darüber kann man das beschleunigen. – So, es besteht kein Einvernehmen. – Herr Abgeordneter Weiß!

Thorsten Weiß (AfD): Ich habe lediglich eine Frage, Herr Vorsitzender! Habe ich das jetzt richtig verstanden – die Regierungskoalition möchte beantragen, dass wir jetzt diesen Tagesordnungspunkt abschließen und uns dann mit der Thematik Ausschreitungen beim Hertha-Spiel beschäftigen? Für wie lange? Die Ausschusszeit geht ja nur noch sechs Minuten. Oder ist beabsichtigt, das dann bis 12.30 Uhr zu verlängern?

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Ganz richtig. Es ist tatsächlich so, dass wir dann natürlich die Verlängerungsoption ziehen würden, ansonsten ergäbe es keinen Sinn. Das ist auf 12.30 Uhr das beschränkt, aber dann könnten wir es jetzt noch aufrufen. – So, es besteht zunächst mal kein Einvernehmen über den Vertagungsantrag. Damit stelle ich ihn zur Abstimmung. Wer das aktuell laufende Thema vertagen möchte, die und den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der CDU und die Fraktion der SPD. Wer ist dagegen? – Bei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion die Linke und der AfD-Fraktion ist der Tagesordnungspunkt vertagt und wird zu gegebener Zeit wieder aufgerufen. – Ich danke allen Erschienenen hier für die Ausführungen und natürlich auch dem Senat!

Ich erlaube mir noch einen Hinweis an Herrn Abgeordneten Schrader: Tatsächlich ist es so, dass sowohl der Fraktion Die Linke als auch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angeboten worden war, die Besonderen Vorkommnisse später auf den Besprechungspunkt zu verbinden. Sie sind völlig frei, davon Gebrauch zu machen oder nicht. Aber im Anschluss zu bemängeln, dass die Zeit knapper wird, scheint mir widersprüchlich zu sein. – [Niklas Schrader (LINKE): Weil wir unser Besonderes Vorkommnis nicht zurückgezogen haben?] – Sie können natürlich

als Ausschuss mit dem Zeitkontingent umgehen, wie Sie möchten. Es ist Ihnen angeboten worden, und Sie haben davon keinen Gebrauch gemacht. – [Niklas Schrader (LINKE): Uns ist angeboten worden, auf unsere Rechte zu verzichten, und jetzt sind wir schuld, weil wir das nicht gemacht haben?] – Sie müssen doch nicht! Haben Sie auf Ihre Rechte verzichtet? – Nein! Das ist also eine relativ einfache Geschichte. – Herr Abgeordneter Franco – aber dann würde ich gerne weitermachen –, bitte!

Vasili Franco (GRÜNE): Ich würde darum bitten, dass wir die nächste Sprecherrunde mit einem gesonderten Termin in einem Sitzungsraum abhalten und nicht am Rande des Plenums, weil wir hier, glaube ich, ein bisschen mehr Diskussionsbedarf zu Abläufen haben, damit wir hier eine vernünftige parlamentarische Arbeit machen können, und wie das gelingen kann.

Vorsitzender Florian Dörstelmann: Das werden wir auf jeden Fall tun und auch in Zukunft so handhaben, Herr Abgeordneter Franco, vielen Dank dafür! – Jetzt nutze ich aber die Gelegenheit, die Klasse 6B des Hans-Carossa-Gymnasiums und ihre Lehrkräfte ganz herzlich zu begrüßen – schön, dass Sie, dass ihr da seid! –, ein Gymnasium, das demnächst Margot-Friedländer-Gymnasium heißen wird und in Kladow liegt. Schön, dass Sie, dass ihr heute alle hier seid!

Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Welche Erkenntnisse liegen dem Senat zum
Polizeieinsatz während des Heimspiels von Hertha
BSC am 17.01.2026 vor?**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0266](#)
InnSichO

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Stand der Umsetzung des Gemeinsamen Europäi-
schen Asylsystems (GEAS) in Berlin**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0265](#)
InnSichO

Vertagt.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0254](#)
**Bilanz des Jahreswechsels 2025/26: Sicherheitslage
zu Silvester und Einsatzerfahrungen** InnSichO
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0253](#)
**Bilanz der Silvesternacht 2025/2026 in Berlin – in
welchem Umfang haben die Sicherheitskonzepte und
präventive Maßnahmen zur Eindämmung von Ge-
walt Wirkung entfaltet.** InnSichO
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

Vertagt.

Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der [0195](#)
Fraktion Die Linke InnSichO
Drucksache 19/1797 BildJugFam
Handlungsempfehlungen der Ex- BuEuMe(f)
pert*innenkommission Antimuslimischer Rassismus IntGleich*
Berlin umsetzen! KultEnDe

Der **Ausschuss** empfiehlt dem federführenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien ohne Aussprache, den Antrag Drucksache 19/1797 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke abzulehnen.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.

* * * * *